

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitskizze“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Herrnsdorf, Seltendorf, Neu-Jakobbrunn, Weikstein, Waldburg.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Besammlungsangelegenheiten 5 Goldpfennige. — Reklamepreise: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Sonnabend, 6. Dezember 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich einmaligem Erscheinen monatlich 2,00 Mk. (abwentl. 2,00 Pfg. Einzeln. durch Straenbd. u. Post 10 Pf.) Redaktion und Expedition: Breslau, Teichhofer Straße 20. — Postkonton Breslau Nr. 744 — Fernsprecher: Breslau, Amt 8887

Bersprechung, Verleumdung — alles Betrug.

Vier Originalplakate der sozialdemokratischen Regierung und der gemischtsozialdemokratischen Antibolschewistenliga aus den Jahren 1918—1919.

Die Spartakusherrschaft wankt

Es ist vorbei mit dem russisch-bolschewistischen Terror. Die Regierung hat gezeigt, daß sie das gefährliche Treiben des Straengefandnis nicht mehr länger dulden will. Die Berliner Arbeiter haben sich erhoben, die ganze Garnison steht ihnen zur Regierung über. Scheidemann.

Ein Spartakusneist nach dem andern wird ausgerauchert.

Die Marinesoldaten haben ihre früheren Führer zum Teufel gejagt und sich für die Ordnung erklärt.

Der Maritall ist für die Spartakisten verloren!

Auch in der Reichsdruckerrei hatten sich bewaffnete Anhänger Siebtschicks festgesetzt, aber sie sind schon wieder hinausgeworfen. Ohne Widerstand zu leisten, flüchteten sie als die Regierungstruppen plötzlich anruckten.

Heute ist die Reichsdruckerrei wieder in vollem Betrieb!

Die Spartakusleute werden sie nicht noch einmal zurückerobern. Bangsam zittern sich auch die Verhältnisse in den Straßen. Es wird keine Bahn gemacht in Berlin. Wir wollen Ordnung in den Straßen, wir wollen Freiheit zum Arbeiten in den Betrieben.

Wir wollen vor allem Freiheit zum Wählen am 19. Januar.

Nur die Kommunistische Partei zeigte den richtigen Weg.

Aufruf des Spartakusbundes vom 9. Nov. 1918. Arbeiter und Soldaten von Berlin!

Sichert die von euch errungene Macht! Mißtrauen ist die erste demokratische Tugend! Die rote Fahne weht über Berlin! Würdig habt ihr euch an die Seite der Städte gestellt, in denen schon die Soldaten und das Proletariat die Macht übernommen haben. Wie aber die Welt auf euch geschaut hat, ob ihr eure Aufgaben lösen werdet, so steht die Welt jetzt auf euch, wie ihr sie lösen werdet. Ihr müßt in der Durchführung eines sozialistisch-revolutionären Programms ganze Arbeit machen. Mit der Abhandlung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es damit getan, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten. Sie haben vier Jahre lang die Bourgeoisie unterfuhrt, sie können nicht anders, als dies weiter tun. Mitrauet diesen, die von Reichskanzler- und Ministerstellen herunter glauben, eure Geschichte lenken zu dürfen. Nicht Neubesetzung der Posten von oben herunter heißt die Parole, sondern Neuorganisation der Gewalt von unten heraus. Sorget, daß die Macht, die ihr jetzt errungen habt, nicht euren Händen entgleite und daß ihr sie gebraucht für euer Ziel. Denn euer Ziel ist die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens, die sich gegen den Imperialismus aller Länder wendet, und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische. Zur Erlangung dieses Ziels ist vor allem notwendig, daß das Berliner Proletariat in Blau und Feldgrau erklärt, folgende Forderungen mit aller Entschlossenheit und unbezugbarem Willen zu verfolgen:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei und sämtlicher Offiziere sowie Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen. Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.
2. Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Befehls- und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrats.
3. Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestande sowie aller Rustungsbestande an den Arbeiter- und Soldatenrat.
4. Kontrolle über alle Verkehsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
5. Abschaffung der Militargerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.
6. Beseitigung des Reichstags und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.
7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenraten über ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegt.
8. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktaftige Volk in Stadt und Land ohne Unterschied der Geschlechter.
9. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitsvolle sozialistische Republik Deutschlands.
10. Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenraten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.
11. Sofortige Ruckrufung der Russischen Botschaft nach Berlin.

Es darf kein Scheidemann mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange noch ein Regierungsozialist in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben. Wieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!

Die Sozialisierung marschiert!

Aus der Erklärung der Reichsregierung: Größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrund.

Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute: Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie.

Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werke halten, die unseren völligen Untergang abzuwenden vermögen.

Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: Das einheitsvolle sozialistische Arbeitsrecht auf freiheitlicher Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: Die Betriebsräte, wie wir sie schon in den Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freies ten Wählen hervorgegangene berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle (parlamentarische) Fabrik auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können.

Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein! Müßiggang und genuschtichtiges Drohntum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden.

Vorwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit! Steht zu uns, wie wir zu euch stehen: Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

Das Reichsministerium: Scheidemann, Schiffer, Bauer, Bell, Graf Brockdorff-Rantzau, David, Erzberger, Giesberts, Gothein, Koeth, Landsberg, Noske, Preuß, Rober Schmidt, Wissell (Verkleinert.)

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus

Berlin W 9, Schellingstrae 2 • Telephon: Amt Kurfürst Nr. 5173 (Die Mibegruberin und Baumstumme dieser Antibolschewistenliga war die 242.)

Deutsche Frauen! Want ihr, womit euch der Bolschewismus und Spartakismus bedroht?

Der Bolschewismus will die Sozialisierung der Frauen! Er degeneriert das gesamte weibliche Geschlecht!

Ein russisches Anarchistenbroschur zeigt, wie das entsetzliche burgenliche Schicksal auch die jehlichen Bewusstseins entarteten Weibchen entgegenführen wollen:

1. Das Eigentumsrecht auf Frauen zwischen 17 und 32 Jahren wird aufgehoben.
2. Die dem Dekret zufolge sind alle Frauen Eigentum des Volkes.
3. Die bisherigen Eigentümer behalten außer der Reihe das Recht auf ihre Frauen.
4. Jeder Mann, der ein Exemplar des Volkseigentums benutzen will, bedarf einer Genehmigung vom Arbeiterkomitee.
5. Der Mann hat kein Recht, eine Frau öfter als dreimal wöchentlich und länger als drei Stunden für sich in Anspruch zu nehmen.
6. Jeder ist verpflichtet, die sich wideretzenden Frauen anzuzetigen.
7. Jeder nicht zur Arbeiterklasse gehörende Mann hat für das Recht zur Benutzung dieses Volkseigentums monatlich 100 Rubel zu zahlen.

Manchmal ist nicht, das auch bei uns der menschliche Wahnsinn es zu solchen tierischen Schicksalen kommen lassen kann, wenn er einmal Spartakus Suning ist?

Darum zeigt, daß ihr den Ernst der Zeit erkennt, schiedet auch ihr euch gegen Bolschewismus und Spartakismus zusammen! Helfet auch ihr Arbeit, ein jeder nach seinem Vermögen! Wendet euch an uns, wir werden euch den Weg weisen, wie ihr helfen können.

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus Berlin W 9, Schellingstrae 2 • Telephon: Amt Kurfürst Nr. 5173 (Die Mibegruberin und Baumstumme dieser Antibolschewistenliga war die 242.) (Verkleinert.)

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlenyndikat

wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst maßgebenden Einfluss auf die gesamte Kohlen- und Schmelzindustrie.

Die Sozialisierung des Ralbergbaus ist in beschleunigter Vorbereitung.

Das allgemeine Sozialisierungsgeetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet

an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die

deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich, d. h. wie alle regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird.

Und das ist Sozialismus!

Reichsministerium. (Verkleinert.)

Denkt daran am 7. Dezember!

Wählt Kommunisten! Wählt Liste 4!

Die Barmat-Ebert-Heilmann-Partei entlarvt sich selbst.

Wir hatten den „Genossen“ Heilmann, einen der führenden Männer der Sozialdemokratie, Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Landtag-Fraktion Preußens beschuldigt:

mit den Schiebern Barmat aufs engste befreundet zu sein, im Aufsichtsrat ihres Konzerns zu sitzen, drei Aufsichtsratsposten in den Tochtergesellschaften des Konzerns zu erlangen.

Die „Volkswacht“, der die Anschuldigungen gerade jetzt vor der Wahl höchlich unangenehm kamen, antwortete:

„Heilmann, der im Hauptamt Rechtsberater ist, mag den Barmats einmal als Jurist zur Seite gestanden sein und dafür sein Honorar (!) bekommen haben, wie die kommunistischen Anwälte Herzfeld, Simon usw. ebenfalls ihr Honorar von Kapitalisten nehmen, wenn sie beraten.“

Das heißt: Heilmann ist kein Aufsichtsratsmitglied, sondern nur „Rechtsberater“ gegen Honorar. Am selben Tage, am 2. Dezember brachte der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, in seiner Morgenausgabe auf der vorletzten Seite folgende Entgegnung Heilmanns:

„Ich bin seit vielen Jahren mit Julius Barmat eng befreundet und gedente diese Freundschaft mit oder ohne Genehmigung der „Roten Fahne“ fortzusetzen. Diese Freundschaft ist schon im Jahre 1920 in der Berliner Presse ausführlich erörtert worden.“

Ich gehöre einer großen Zahl von Aufsichtsräten an, teils in Gesellschaften von öffentlichem Interesse, teils in Gesellschaften des Barmatkonzerns.

- Die Schwarz-rot-goldenen
wollen eine monarchistische Republik.
- Die Schwarz-weiß-rot-n
wollen eine republikanische Monarchie.
- Die Roten
wollen einen Arbeiterstaat.
- Die Schwarz-rot-goldenen
sperren 8000 revolutionäre Arbeiter ein.
- Die Schwarz-weiß-rot-n
wollen noch mehr einsperren.
- Die Roten
verlangen Amnestie für sie und Zuchthaus für die Konterrevolutionäre und Schieber.
- Die Schwarz-weiß-rot-n
wollen den Revanchekrieg Deutschlands gegen die Entente.
- Die Schwarz-rot-goldenen
wollen die Unterwerfung Deutschlands unter die Entente.
- Die Roten
wollen den internationalen Bund der Arbeiter gegen das internationale Kapital.
- Die Schwarz-weiß-rot-n
wollen Lubendorff wieder zum General machen.
- Die Schwarz-rot-goldenen
pensionieren ihn mit 23000 Goldmark.
- Die Roten
wollen ihn zum Teufel jagen.

Wählt die Roten! Wählt Kommunisten!

Was meine Aufsichtsratsämter im Barmatkonzern anbetrifft, so waren sie mir aus Freundschaft (!) angeboten und sind von mir aus Freundschaft (!) angenommen worden. Aufsichtsratsämtern oder sonstige Vorteile materieller Art habe ich bisher daraus nicht gezogen.

Zum Übrigen habe ich Barmat für durchaus keinen Schieber, sondern für einen sehr anständigen Geschäftsmann.

Damit sind die dummen, plumpen, aus den jüngeren gelegenen „Berichtigungen“ der „Volkswacht“ als etwade Lügen und Täuschungen entlarvt.

Herr Heilmann nur Aufsichtsratsposten in staatlichen Unternehmen, die er als Arbeitervertreter und Abgeordneter kontrollieren muß, die eine der Genosse Sobotta in der Preussischen Berweris-L-G., im Reich wurde ihm einen Vorwurf daraus machen. Aber Aufsichtsrat der Privatbank zu sein, ist beauftragt zu sein, die Interessen der Aktionäre wahrzunehmen, für hohe Dividenden zu sorgen, die Löhne für den besten, damit die Gewinne möglichst hoch sind, die Gewinne in der Bilanz verzeichnen, an der Seite auf Grund der Geschäftsleitungs glücklich spekulieren, in die eigene Tasche und in die des Unternehmers. Und das alles macht Heilmann was? Alles aus „Freundschaft“? Daran gewinnt, die das glauben!

„Barmat ist ein anständiger Geschäftsmann“, sagt Heilmann. Mit einem solchen Eifer hat Heilmann noch keinen Kommunisten verteidigt, wie er für diesen Oberlehrer erlitt. 1918 noch hatten die Gebrüder Barmat nur ein kleines Lebensmittelgeschäft und heute besitzen sie Dutzende von Millionen. Aber „Genosse“ Heilmann sagt:

„Ein anständiger Geschäftsmann.“

Natürlich, wenn man bei so „anständigen“ Geschäftsleuten verliebt, wenn man mit ihnen im Bristolhotel in

Rasch und das Schweigen der SPD.

1. Ist Rasch Aufsichtsrat im Linnapark und Bürgerlichen Brauhaus.
2. Ist Rasch gleichzeitig Leiter des Gewerkschaftshauses?
3. Wieviel Zehntausende Goldmark verdient Rasch als zweifache Aufsichtsratsmitglied?
4. Besteht eine Verbindung zwischen den hohen Bierpreisen im Gewerkschaftshaus und der Beziehungen Raschs zum Bürgerlichen Brauhaus?
5. Wird Rasch von der Sozialdemokratie gebett?
6. Warum schweigt die gesamte SPD-Presse zum Rasch-Standal?
7. Kann ein ehrlicher Arbeiter einer Partei der Aufsichtsräte seine Stimme geben?

lands, in dem alle Konterrevolutionäre, Schieber engros, Großkapitalisten usw. ihren Wohnsitz haben, aus und ein geht, wenn alle führenden Sozialdemokraten wie Polizeipräsident Richter-Berlin, „Genosse“ Wels, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“ usw. dort schlafen und prassen, auf Kosten der Gebrüder Barmat, dann hat man natürlich keine Zeit, auch einfache, dunkle, kleine, hausfällige Arbeiterwohnungen zu besuchen, die sind nicht so schön wie das Bristolhotel, dann hat man kein Verständnis für Arbeiterforderungen im Reichs- und Landtag, dann muß man alle Anträge der Kommunisten als „Agitationsphrasen“ ablehnen.

Nun zu Ebert!

Wir hatten den „Genossen“ Ebert jun., den Führer des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, den eifrigsten Wahlagitator der Sozialdemokratie, den Sohn unseres ehrenwerten Reichspräsidenten, beschuldigt:

Privatsekretär bei Barmat zu sein, ebenfalls enge Freundschaft mit diesen Schiebern zu pflegen.

Was schenkt Preußen in einem Jahr

- dem Künstler? 14 Millionen Goldmark!
 - dem Leiner? 22 000 Goldmark!
 - dem Arbeitslosen? 350 Goldmark!
- Zum Teufel mit dieser Demokratie der Reichen!
Die Demokratie der Armen vertritt nur

Seite 4.

Die „Volkswacht“ entgegnete: „Ebert jun. und der Schwiegerohn des Reichspräsidenten sind nie bei Barmat tätig gewesen, sondern auf ihren bisherigen Büros nach wie vor jederzeit im Amt zu finden. Die Rechtspresse mußte diesen Schwindel bereits berichtigend zurücknehmen.“

Am selben Tage, am 2. Dezember, brachte der „Vorwärts“ folgende Entgegnung Eberts jun.:

„Früh Ebert, der Sohn des Reichspräsidenten, ist Privatsekretär bei Barmat“, behauptet die „Rote Fahne“.

Wenn er es wäre? Früh Ebert jr. ist kein Kronprinz. Er muß sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Er hat das die ganzen Jahre hindurch als Angestellter in verschiedenen Stellenungen getan. Im Hause Barmat war er zwei Monate lang tätig, jedoch nicht als Privatsekretär des Chefs, sondern als Angestellter der Premier Privatbank, in der er mit dem Aufbau eines sozialpolitischen Referats beauftragt war. Er war tariflich als Angestellter bezahlt, hatte keine leitende Stellung inne und konnte auch — politisch hart beschäftigt — seine Berufspflicht in den letzten Wochen kaum wahrnehmen. Um seinen Namen nicht weiter dem politischen Kampf anzuhängen, ist Ebert bei Barmat ausgeschieden.“

Das ist die „Nie-Beschäftigung“ Ebert jun. bei Barmat. Im übrigen ist kein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Stellung eines Privatsekretärs und dem Referenten für Sozialpolitik. Bei großen Unternehmungen, wie dem Barmatkonzern, sind die Aufgaben der Privatsekretäre spezialisierter. Einer ist Referent für das sozialpolitische Referat, andere haben andere Aufgaben. Bei kleineren Unternehmungen hingegen gibt es nur einen Privatsekretär, der alles erledigen muß.

24000 entlassen werden. Denn — für sie ist kein Geld da. Eisenbahner haben ein paar Wochen nach der Reichstagswahl

24000 Geldmark erhält der Schwarz-rot-goldene ehemalige Ministerpräsident der Eisenbahnergesellschaft für seine höhere Arbeit. Denn — dafür ist immer Geld da.

100 000 werden, empfangen die Angehörigen der 24000 Eisenbahner, werden dem Hunger zu be preisgegeben. Denn — für sie ist kein Geld da.

100 000 Goldmark erhält der ehemalige Schwarz-rot-goldene Ministerpräsident für seinen Stiefelputzer in der Eisenbahnergesellschaft. Denn — für ihn ist immer Geld da.

Stimmt für die, die gegen das Barmat-Konkurrenz kämpfen

wählt Kommunisten!

Weiter im Text

Ebert jun. konnte in den letzten Wochen seine Berufspflicht kaum ausüben, wurde aber — nach Tarif — bezahlt. Barmat war ein loyaler Arbeitgeber gegen Früh Ebert jun. Und dennoch ist er ausgeschieden. Warum? Um seinen Namen nicht weiter dem politischen Kampf anzuhängen? Ein Früh Ebert, Führer des Reichsbanners, eifriger sozialdemokratischer Wahlagitator, will nicht mehr im politischen Kampf genannt sein? Wer laßt da? Nein, in Wirklichkeit möchte er nicht mehr gerne im Zusammenhang mit den stinkenden Affären des Barmat-Konzerns genannt werden. Aber er sieht schon viel zu tief in der Tinte. Ehe nämlich seine schöne Stellung im Barmat-Konzern erhielt, war er in der Zentrale für Heimatdienst angestellt.

Der „Vorwärts“ bringt noch einige Berichtigungen, die die „Volkswacht“ leider nicht ansührt. Barmat hat nicht 30 Millionen von der Preussischen Staatsbank gepumpt bekommen, sondern — 29 Millionen. Zweitens: nicht der Barmatkonzern selbst erhielt das Geld, sondern — eine Tochtergesellschaft von ihm. Das ist alles, was die Herren zu entgegnen haben.

Nach dieser Sorte von „Berichtigungen“ können wir uns ein Bild von der Glaubwürdigkeit der anderen „Berichtigungen“ der „Volkswacht“ machen.

Der Georgienwindel — von Barmat finanziert. Rußlandhege und antibolschewistische „Volksaufstände“ — von Barmat finanziert.

Aber er sieht schon viel zu tief in der Tinte. Ehe er nämlich Konferenzen der Zweiten Internationale — von Barmat finanziert.

Der Sekretär der 2. Internationale, „Genosse“ Sussmanns — von Barmat finanziert.

Barmat, Barmat über alles!

Barmat finanziert Streiks der 2. Internationale!

Der Stein ist ins Rollen geraten und die Lawine, die sich gegen die SPD. wälzt, wächst. Heute können wir einen Bericht aus Amsterdam wiedergeben, der besagt, daß Barmat, der größte Schieber des 20. Jahrhunderts Finanzier der 2. Internationale ist. Es heißt in dem Brief:

„Während des Kruges hatte der Sekretär der 2. Internationale, Sussmanns, sein Büro im Hause von Barmat aufgeschlagen. Mehrere Male bekam er für die Internationale große Zuwendungen von Geldern. Ein großes Festessen, das während der Konferenz der 2. Internationale Ende April 1919 abgehalten wurde, wurde von Barmat finanziert. Während des Friedenskongresses im Haag wohnte der deutsche Parteivorsitzende Wels bei Barmat, dessen Auto ihm zur Verfügung gestellt wurde.“

Während des großen Hafnarbeiterstreiks in Holland sandte die deutsche Regierung eine Deputation nach Holland, bestehend aus je einem Vertreter der SPD. und USPD. Barmat empfing diese Delegation, und führte sie in eins der exklusivsten Hotels. Er pumpte auch den holländischen Gewerkschaften 50000 Mark in die Streikkasse, damit diese den Streik aufhebe.“

Dieser Brief aus Amsterdam beweist, daß die SPD. die gefaule Partei des Barmatkonzerns sowie der Großschieber ist. Die ganze 2. Internationale wird finanziert von Barmat, einem der größten Volksausbeuter.

Wählt Kommunisten!

Alle führenden deutschen Sozialdemokraten — von Barmat finanziert.

Korruption über Korruption in der SPD!

Keine Korruption der SPD! Warum können die Herren Sozialdemokraten und ihre bürgerlichen Freunde trotz eifrigen Suchens keine Korruption bei uns Kommunisten entdecken? Warum läßt sich kein Kommunist beschreiben?

Weil wir Kommunisten die besten Kämpfer der Arbeiterklasse stellen. Weil wir Kommunisten lieber noch weitere 8000 unserer Brüder ins Zuchthaus und Gefängnis schicken, als uns vom Kapital kaufen zu lassen. Weil wir Kommunisten die alten, guten, revolutionären Traditionen der ehemals revolutionären Sozialdemokratie übernommen haben.

Arbeiter, Bertätigte, Unterdrückte, heraus aus dieser Partei der Korruption!

Alle Stimmen der SPD.

Wer ist Barmat?

1. Barmat, 1918 noch ein kleiner arbeitsloser Lebensmittelhändler, erhielt 1919 monopolartig (oben Sieht, Pfeifer u. Co.) die gesamte Fetteinfuhr für Deutschland übertragen.

2. Barmat erhielt 1919 von der Reichsbank Kredite allergrößten Umfanges, während er der Reichsregierung die durch ihn getätigten Einfuhren kurzfristig kreditierte.

3. Aus den getätigten Einfuhrgeschäften mußten vertragsgemäß für die sozialdemokratische Partei-Lasse bestimmte Prozentsätze abgeführt werden.

4. Barmat wurde sogar, als er sich bei einem Einfuhrgeschäft verkränkte (verrechnete) hatte, obwohl er aus seiner Monopolstellung bei der Einfuhr Unsummen verdient hatte, Nachzahlungen von der Reichsregierung als Entschädigung bewilligt und bezahlt.

5. Barmat hat infolge der Kriegebeträge, die ihm aus den Krediten der deutschen staatlichen Bank zufließen, an der Amsterdamer Börse den Markkurs kürzen lassen.

Die Knüppelgarde des Linksblods.

„Was will das Reichsbanner?“

Der Bund will die republikanische Gesinnung wecken und pflegen, die Reichsverfassung sowie die republikanischen Länderverfassungen schützen und sich den republikanischen Regierungen und Behörden in Fällen von Not zur Verfügung stellen. (§ 1 der Bundesverfassung.)

Die Initiative zur Gründung des Reichsbanners, die im Februar d. J. erfolgte, ging von führenden Sozialdemokraten aus und fand bei den Demokraten starken, beim Zentrum weniger starken Widerhall. Nach fünf Jahren Republik muß also ein Bund gegründet werden, der die republikanische Gesinnung wach erhalten soll. Der sich schützend vor die republikanischen Regierungen stellt.

Die bis an die Zähne bewaffneten Exekutivorgane der Republik (Reichswehr und Schupo) sind dazu nicht ausreichend. Arbeiterfäuste sollen den Schutz der Republik übernehmen. Arbeiterfäuste im Verein mit Reichswehr und Schupo sollen

Ruhe und Ordnung im Innern

schaffen. Zwei ehemalige kaiserliche Offiziere, jetzt als militärische Fachmänner im Reichsbanner, äußern sich über die Verwendung derselben.

Volksoberrst Schilling schreibt im Sommer d. J. in einem Artikel in der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“

daß die Kämpfe im vergangenen Jahr gezeigt hätten, daß die Reichswehr bei einer Mobilmachung (sie war gegen die Arbeiter in Thüringen und Sachsen und gegen die Hamburger Arbeiter mobil gemacht, d. Verf.) umfangreiche Reueinrichtungen bedürfe und daß bei Verwendung der Schupo in politischen Kämpfen die Schupo in ihrer Garulion durch das Reichsbanner ersetzt werden müsse.

Dem Reichsbanner ist also im Kampf der Arbeiter um ihre Existenz jene traurige Rolle als Genser an ihren Klassen Genossen zugebacht, die die in der „Republik“ zusammengeführten sozialdemokratischen Funktionäre in den Hamburger Kämpfen im Oktober 1923 gespielt haben.

Auf einer Reichsbanner-Stundgebung in Hannover äußerte ein Hauptmann Dr. Haubach den gleichen Gedanken, indem er sagte

daß das schon weit über eine Million zählende Reichsbanner das einzig brauchbare Reservoir zur Ergänzung der republikanischen Polizei und Reichswehr bei inneren Kämpfen sei.

Überparteiliche Organisation — Unternehmerchutztruppe.

Eine Unternehmerchutztruppe soll im Reichsbanner herangebildet werden. Die Strippenzieher des Reichsbanners suchen das zu vertuschen, indem sie das Reichsbanner eine überparteiliche Organisation nennen, und indem sie

von den wirtschaftlichen Interessen und Nöten der Arbeiter, Angestellten und Beamten kein Wort

reden, umso mehr aber von Demokratie, Republik und Freiheit quasseln und vom Kampf gegen die Kommunisten.

Die „Überparteilichkeit“ des Reichsbanners wird immer wieder betont. In Nr. 10 des „Reichsbanner“ vom 1. Oktober wird geschrieben:

Die gemäß den Bundesabstimmungen notwendige Anerkennung des Gauverbandes erfolgt durch den Bundesvorstand nur, wenn die Bedingung der überparteilichen Zusammensetzung erfüllt ist.

Der Bundesvorsitzende, der Sozialdemokrat Hörling, schreibt in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 24. Oktober:

Im Bundesvorstand, den Gau- und Ortsvorständen, sowie in den Ortsvereinen arbeiten die Kameraden, obgleich drei Parteien angehörig, harmonisch zusammen. Wir sind und bleiben die physische Kraft der republikanischen Parteien und der republikanischen Reichs- und Staatsregierungen und deren rechtmäßigen Organe.

Die Leitung des Reichsbanners.

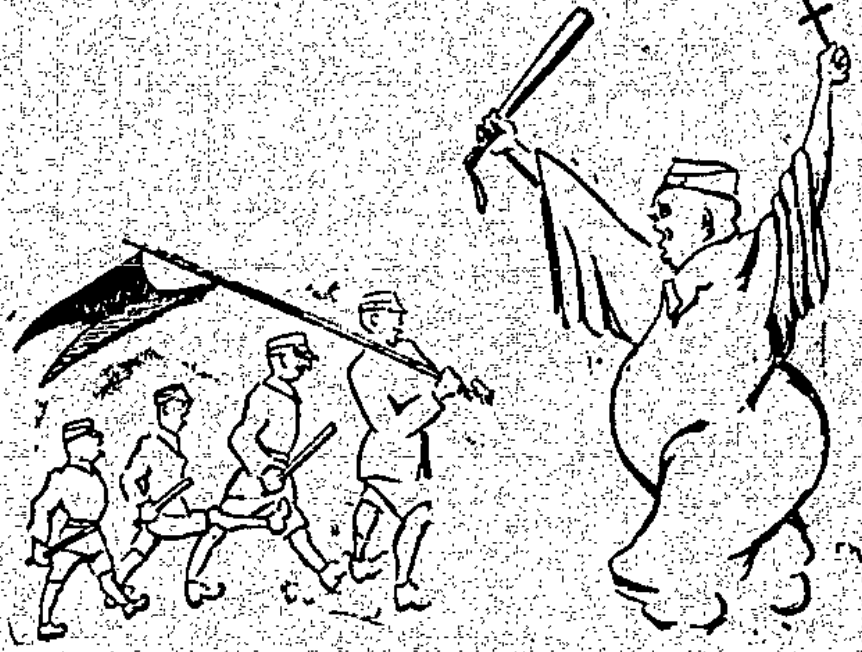
In Nr. 10 des „Reichsbanner“ werden die Namen des Reichsausschusses veröffentlicht.



Wer ist von diesen Dreien der Betrogene?

Nicht weniger als
26 Minister, Reichstags- und Staatspräsidenten
in und außer Dienst,
8 Kammer-, Ober- und Regierungspräsidenten,
4 Generäle u. D.,
Postherren und Direktoren, Pfaffen und Rebalen,
Oberbürgermeister und Gewerkschaftsverbände.
Eine feine, eine ausgelesene Gesellschaft.

Der liebe Gott für Ebert—Herriot—Nolde.



Pastor Franke (SPD.) in einer Wählerversammlung in Charlottenburg: Wir können heute die Jugend zu Samarkitern der Barmherzigkeit erziehen.

Unternehmergelder für das Reichsbanner.

Den Vogel im Schnorren um Unternehmergelder schießt der Gauverband Berlin-Brandenburg in folgendem Rundschreiben an Unternehmer und Geschäftleute ab:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer (G. B.)
Gauverband Berlin-Brandenburg.

Postfachkonto Geschäftsstelle: Berlin C. 2. Fernsprecher
Berlin 9233. Kaiser-Wilhelmstr. 46, III. Amt Nord 5275.
Nr. 45 625

Berlin, den 5. August 1924.

Sehr geehrter Herr!

Innerhalb ganz kurzer Zeit ist in dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Deutschen Republik eine starke Organisation entstanden, die sich zum Ziel gesetzt hat, sowohl Angriffe auf die Republik, als auch die geistigen Krankheiten unserer Zeit, wie Kommunismus, Antisemitismus und nationalitätlichen Chauvinismus zu bekämpfen und statt dessen das Gefühl für wahre Vaterländische Ideen im Rahmen des demokratisch-republikanischen Staates zu vertiefen.

Diesem Zweck sollen die am kommenden Sonntag, den 10. August überall veranstalteten Verfassungsfeiern, vornehmlich die reichswide Veranstaltung im Großen Schauspielhaus, dienen. Zur würdigen Ausgestaltung aller dieser Feiern bedarf es aber der weitgehenden materiellen Unterstützung durch unsere Freunde. Wir erlauben uns daher, auch in Sie mit der Bitte heranzutreten, uns unter Bezeichnung aufliegender Zahlkarte auf unser Postfachkonto Nr. 45625 eine Verfassungshilfe zu überweisen. Selbst die kleinste Spende ist uns willkommen.

In der Hoffnung, bei Ihnen keine Festbitten getan zu haben, zeichnen wir

mit republikanischem Gruß!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Gau Berlin-Brandenburg.
vrs. Martin Schneider.

„Kampf gegen Rechts.“

Das Reichsbanner kämpft gegen rechts. Aber die rechten Gegner vom Reichsbanner, der Stahlhelm vor allem, sind gar nicht der Meinung, daß ein Kampf zwischen Reichsbanner und Stahlhelm nötig sei.

Eini, der Stahlhelm stellte auf Grund eines Artikels von Schilling, in welchem dieser an die Republikaner im Stahlhelm appelliert, fest,

daß er (Stahlhelm) zu einem Bündnis bereit sei, da die Ziele beider Organisationen dieselben seien, nur die Fahnen seien die Differenzpunkte. Aber diese Frage sei so untergeordnet, daß sie von einem engen Zusammengehen beider Organisationen für die einheitlichen Ziele der Vaterländischen Verteidigung nicht abzuhalten traucht.

Wohl führen Stahlhelm und Reichsbanner momentan eine scharfe Auseinandersetzung in Worten. Doch hat der Stahlhelm einen lichten Augenblick gehabt, als er feststellte, daß eigentlich beide zusammengehören, daß sie ein und derselben Sache dienen.

Das Reichsbanner will auch keinen Kampf gegen die Rechtsverbände. Der Bundesvorsitzende droht, wie es einer Berliner Gruppe geistert ist, die sich gegen Faschisten nicht nur mit dem Maul, sondern auch mit den Händen wehrt, sogar mit dem Ausblick, wenn sich solche Zusammenstöße wiederholen.

„Nieder mit den Kommunisten! — und Zentrum!“

So will es der Bundesvorstand, Sozialdemokrat Hörling. Der Sozialdemokrat Robert Bräuer bläst in einem Aufsatz in der „Stode“ in das gleiche Horn. Er schreibt:

Die Moskowiter selbst werden, wenn sie es haben wollen, schneller vielleicht, als es ihnen angenehm ist, erfahren, daß die Zeit vorbei ist, wo die Demokratie niedergedrückt werden konnte.

Ein Aufruf des Reichsbanners vom März d. J. macht in folgenden Auslassungen gegen die Kommunisten scharf:

„Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Stelle. Bei allen gewalttätigen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederbekämpfen.“

Wohin gehören die Arbeiter?

In das Reichsbanner bestimmt nicht! Selbst der Renegat Lebi warnt vor dem Reichsbanner. Wenn es auch Schamschlägerei ist, was er sagt, so gibt er doch der Meinung gewisser Schichten in der Sozialdemokratie Ausdruck, wenn er sagt, daß er „vorbeistand keine Interessensolidarität zwischen dem General Secchi einerseits und dem deutschen Proletariat andererseits“ annehmen könne. Er bemängelt den schlichten mit bestimmenden Einfluß der Mitglieder des Reichsbanners und fordert die Organisation als „Organisation des Klassenkampfes“.

Daß das ein frommer Wunsch bleibt — ist klar.

Eine

Organisation der proletarischen Frontkämpfer

ist trotzdem eine unerlässliche Notwendigkeit für den proletarischen Klassenkampf.

Was habt ihr, sozialdemokratische Arbeiter, ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte für gemeinsame Interessen mit Ministern, Pfaffen, kaiserlichen Generalen? Was habt ihr für gemeinsame Interessen mit den Unternehmern, die euch Hungerlöhne zahlen und dafür billige Käppis, Windjacken und Gummihüpfel liefern?

Was habt ihr für ein Interesse an einer Republik, die den Gelbmad schüßt und euch verhungern läßt?

Was habt ihr für ein Interesse, gegen kommunistische Arbeiter zu kämpfen, die Fleisch von euerem Fleisch sind?

Ist euer Sinner gerinac, wie der der Kommunisten, daß der eure republikanisch, staats- und unternehmerfremd ist?

Nicht zur Verteidigung der Republik

zur Verteidigung ihrer nackten Lebensinteressen, die ihr von der Republik beschlitten werden, braucht die Arbeiterklasse eine Zusammenfassung der Klassenbewußten Frontkämpfer.

Das Reichsbanner wird nie ein Organ des proletarischen Klassenkampfes werden. Es ist aber schon ein Organ des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter im Reichsbanner, macht die Probe aus! Erprobet, verlangt, daß das Reichsbanner sich einigt für eure wirtschaftliche Notlage (es sind lauter einführende Persönlichkeiten im Reichsbanner).

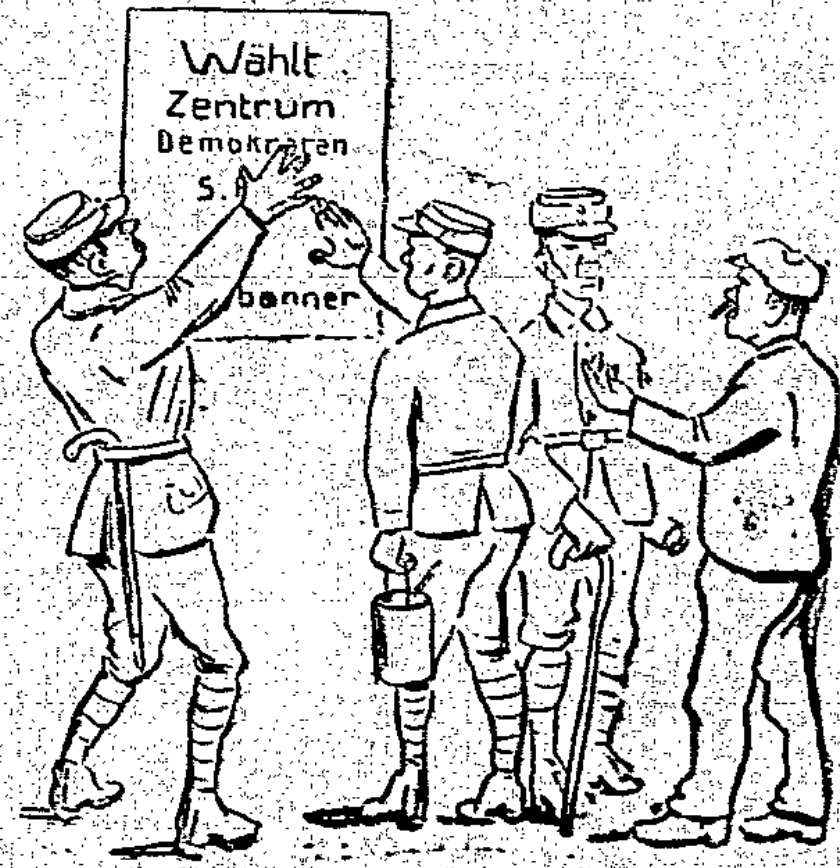
Brüder! einen entschlossenen Kampf gegen die Faschisten — und ihr werdet mit den Klassenrichtern der Republik Bekanntheit machen.

Kämpft gegen die Kommunisten — und es wird Bekanntheit und Extrawerke von der Bourgeoisie für euch geben. Der Arbeiter gehört unter seine eigenen. Deshalb

Heraus aus dem Reichsbanner — hinein in den Roten Frontkämpferbund

Das ist die Zusammenfassung der Klassenbewußten proletarischen Frontkämpfer, an deren Spitze keine Clappentische, keine Offiziere, Pfaffen und Kriegsheer sitzen.

Der Rote Frontkämpferbund kämpft für die Republik der Arbeiter.



Arbeiter: Du, Kollege, in der Bude hast du doch gegen die Arbeitsgemeinschaft des ADGB mächtig losgelegt — jetzt kehst du doch für die schwarz-rot-goldene Arbeitsgemeinschaft...

Noch einen Tag Wahlkampf!

Reißt alle Kräfte zusammen. Am letzten Tag ist jeder nur Werber für

Wahl der Liste 4

4

4

Mögen die prolet. Mütter verbluten

Der Ausbeutertant baut jede Fürsorge ab.

Das Preussische Hebammengesetz zeigt jetzt die Auswirkung, die die Kommunisten vorausgesagt haben. Die Gemeinden verlangen überall den Gehalt der Niederlassungsgenehmigung. Es werden abgebaut: B. in Berlin von 1100 Schillingen 600, in Düsseldorf von 120 70, in Frankfurt von 134 66, ja, selbst in kleinen Landgemeinden werden noch Hebammen abgebaut.

Bei Schaffung des Gesetzes wurde angeführt, daß der Zustand beseitigt werden solle, daß Frauen ohne Hebammen entbinden müssen, wie das in manchen Gegenden bis zu 60 Prozent vorkommt. Und warum dieser Wahnsinn? Weil die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten ein Gesetz gemacht haben, wonach die Gemeinden den Hebammen, die eine Niederlassungsgenehmigung erhalten, einen Zuschuß am Jahreschluß zahlen müssen, wenn sie ein im Gesetz vorgesehenes Mindesteinkommen nicht erreichen. Deshalb eine möglichst geringe Hebammenzahl, damit das Einkommen der einzelnen Hebammen sich erhöht und der Zuschuß gespart wird. Die Hebamme, die keine Niederlassungsgenehmigung erhalten hat, muß von 1927 an ihren Beruf einstellen. Entschädigung erhalten sie nicht. Diese Brotlosmachung von Hebammen bedeutet aber gleichzeitig eine ungeheure Gefahr für die Gesundheit der Mütter. Schon jetzt zeigen sich die Folgen. Im Kreise Schlächtern hatten bisher drei kleine Landgemeinden je eine Hebamme. Jetzt hat nur eine davon die Niederlassungsgenehmigung erhalten, die beiden anderen haben ihre Tätigkeit eingestellt. Die Folgen sind klar.

Das ist die Arbeit des Parlaments der Sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition. Schutz für die Massen des Staats und der Gemeinden, aber keinen Schutz für die Mütter. Auch hier waren die Kommunisten die einzige Partei, die diese Art Gesetzesmacherei aufs schärfste bekämpfte. Sie forderten Anstellung der Hebammen nach Gehaltsgruppe 6, unentgeltliche Hebammenhilfe, Übernahme der Kosten durch den Staat. Der Vertreter des

Heus'rauen und Mütter!

Was ischt Ihr heute mittag?
Habt Ihr Fleisch und Butter?
Was kauft Ihr Euren Kindern zu Weihnachten?
Warum könnt Ihr Euren Angehörigen nichts schenken?
Weil die Kapitalisten Euch und Euren Männern alles wegnehmen?
Wer regierte uns und schückte das Kapital bis 1918?
Wilhelm der II.
Wer regiert uns seit 1918 und schückt jetzt das Kapital?
Di: Sozialdemokraten!
Wer drückt das arme Volk heute noch schlimmer als Wilhelm?
Die SPD!
Weg mit beiden! Schließt die Proletarierfront!
Kämpf für menschenwürdige Verhältnisse!
Wählt KPD!

Zentrums aber erlaubte sich, zu diesen ersten Forderungen, die das Wohl und Wehe von Millionen Mütter ausmachen, folgendes Märchen in der Sitzung vom 21. 1. 1922 zu machen:

„Schließlich sind ja doch auch die Hebammengebühren nichts anderes als Portogebühren für die Benutzung, wenn die Hebamme dem Entbinder d. bringt, was er bestellt hat oder was mindestens an d. adressiert ist.“

Die Kommunistische Fraktion hat noch einmal bei Beratung des Volkswohlfortschrittsbundes kurz vor Auflösung des Landtages auf die Mütter und Hebammen schädigenden Folgen des Gesetzes hingewiesen und eine sofortige Aenderung, darüber hinaus aber eine grundlegende Neuregelung des Hebammengewerkschaften gefordert. Der Landtag lehnte alles ab.

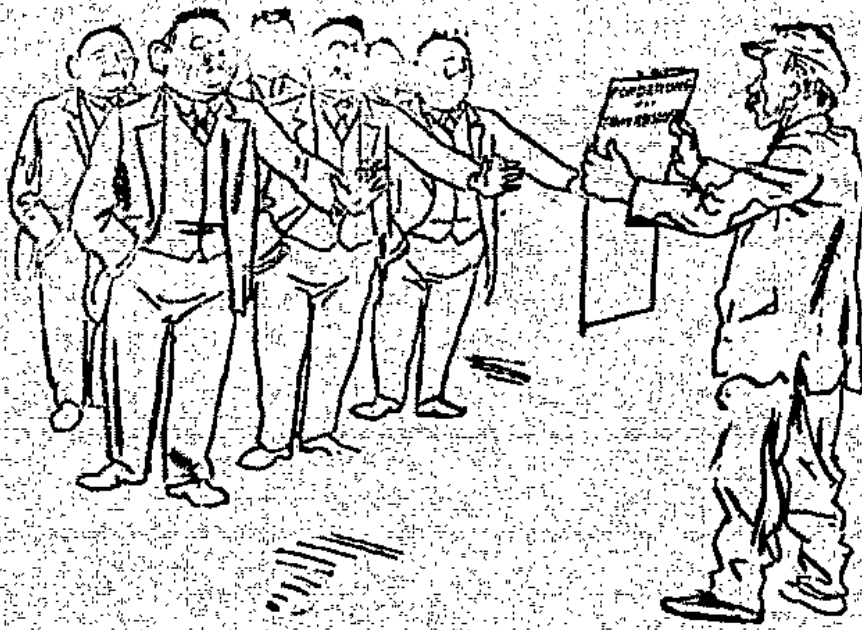
In Arbeiter-Rußland ist die Hebamme Beamter des Staates. Ihr Gehalt ist für die gebärende Frau wird nicht durch Armut der Familien unzulässig gemacht. Ihre Tätigkeit wird vom Arbeiterstaat bezahlt. Dafür aber hat der kapitalistische Staat kein Geld — Geld hat er nur für Polizei und Heeresmacht. Die proletarischen Mütter müssen am 1. Dezember Abrechnung halten mit den Parteien, die sich schämen um die Interessen des Kapitals stellen und ihre Stimme der einigten Kommissariat des Proletariats geben — der Kommunistischen Partei.

Aktionärshaltung der Firma Meyer-Kaufmann.

Am 29. 11. fand in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung der Firma Meyer-Kaufmann, der die U-G. hat. Ueber die Lage des Geschäftes berichtete Generaldirektor Dr. Schäfer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates Schwarz-rot-gold. Nach der vorliegenden Bilanz beträgt das Vermögen dieser der kapitalistischen Firma an Aktien und Bonds 2.074.000 287, an Kassen 2.000.000 000, an Forderungen und Waren 5.054.770 000, während die Verbindlichkeiten auf 1.074.330 000 betragen. Die Bilanz dagegen betragen nur etwas über 2 Mill. in der Höhe.

Uns ist es nicht unheimlich, warum die Firma Meyer-Kaufmann auf diese Weise die ihr zugehörigen Aktien besitzt, und warum der Herr Dr. Schäfer, der noch vor einigen Jahren mit den Gewerkschaften ein einziges Komitee hatte, heute zu den Herren im Reichswirtschaftsrat Schwarz-rot-gold für die Aktionäre der Firma ist.

Nach obigen Zahlen zu urteilen hat diese Gesellschaft ungeheure Gewinne erzielt, zu jeder Zeit, wo sich die Lage der Reichswirtschaft täglich verschlechtert. Die Aktionäre der Firma Meyer-Kaufmann haben sich auf Schwarz-rot-gold einverstanden erklärt, was ihnen es nur aus dem Glauben an die Arbeiterwelt, was man bekommen kann, was Herr Schäfer, die Schwarz-rot-goldenen Sozialisten nicht besser als die anderen, wissen. Man sollte mit der Arbeiterwelt im Reichswirtschaftsrat Schwarz-rot-gold über die Interessen der Kapitalisten, Arbeiter, Kleinrentner und Kleinrentner zusammen in der einzigen proletarischen Partei, der KPD.



Erwerbslose! Augen auf!

In allen Ecken der Stadt stehen Zettel mit der Ueberschrift: Erwerbslose, wählt sozialdemokratisch, Flugblätter werden verteilt: wählt sozialdemokratisch.

Erwerbslose, übermorgen sollt Ihr Eure Stimme abgeben?

Die gestrige Erwerbslosenaktion gibt die Antwort.

In den Zentralballsälen sprachen gestern die Vertreter der Stadtverordnetenfraktion.

Jedem Erwerbslosen gingen die Augen auf, als der sozialdemokratische Stadtbürgermeister ein hilfloses Gestammel für die unverantwortliche Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion hervorbrachte.

Der Sozialdemokrat Wibera sagte selbst, daß er nicht das Fehlen der Stadtverordneten entschuldigen könnte.

Hier lag eine glatte Obstruktion vor.

Genosse Moser sprach über die Tätigkeit der Kommunisten zugunsten der Erwerbslosen.

Kein Erwerbsloser hatte an der Haltung der Kommunisten etwas anzuklagen.

Die Syndikalisten erklärten, wenn ihr wählt, wählt kommunistisch.

Nicht Worte, Zettel, Flugblätter, Versprechungen wollen die Erwerbslosen.

Taten und Geld.

Darum wählt Kommunisten!

Sind wir stabilisiert?

Bir haben wieder Goldgeld. Die Inflation ist vorüber.

Arbeiter! Was hat dir das geholfen? Du verdienst 15 Mark die Woche. Machst du damit deine Frau und deine Kinder satt?

Wie oft in der Woche kannst du Fleisch essen im Zeitalter der Stabilisierung?

Kannst du deinen Kindern Strümpfe kaufen im Zeitalter der Stabilisierung?

Kannst du dir ein paar neue Stiefel kaufen im Zeitalter der Stabilisierung?

Erwerbsloser! Hast du schon Arbeit bekommen im Zeitalter der Stabilisierung? Rückt du dich nicht immer noch auf dem Nachweis herum im Zeitalter der Stabilisierung?

Wo bleibt der Achtstundentag im Zeitalter der Stabilisierung?

Wer arbeitet nicht acht Stunden im Tag, sondern eine halbe Stunde und kann sich doch Fleisch und Stiefel und alle Dinge kaufen, die er will und soviel er will?

Der Kapitalist! Auch im Zeitalter der Stabilisierung.

Arbeiter! Weist du nun, wie man dich beschwindelt? Ob Stabilisierung oder Inflation: Du hungerst so und so, du kannst dir nichts kaufen so und so. Aber der Kapitalist kauft und gedeiht in der Zeit der Inflation wie in der Zeit der Stabilisierung.

Und was ist Du?

Du wählst kommunistisch in der Zeit der Inflation wie in der Zeit der Stabilisierung!

Heute jede Stimme der KPD!

Die Einheitsfront des Proletariats.

Die Sozialdemokraten werden den Kommunisten Zerschmetterung der Arbeiterfront vor. Arbeiter, legt euch die Plakate an den Straßen der Stadt Breiten an. Dort steht ihr leise, vor die Front der Arbeiter zerplättet.

Zu den Plakaten steht: Republikaner, wählt Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten.

Schwerer sind diejenigen, die sich Zerschmetterung vorbereiten und die mit der rechtsradikalen Zentrumspartei und mit demokratischen Sozialisten rüden kämpfen.

Wohin streben wir? Es kommt nicht auf die Einigung an, sondern auf die Partei, unter denen man sich einigt.

Die Kommunisten vereinigen die Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes. Darum fort mit den Heuchlern, Betrütern und Zerschmetterern der Arbeiterbewegung!

Wählt Kommunisten!

Wer regiert in der deutschen Republik?

Aufsichtsräte! Aufsichtsräte!

Warum schämen die Arbeiter die Sozialdemokraten auf die Höhen als geheime Regierungsräte, Oberpräsidenten, Minister, Oberverwaltungsräte und Gerichte?

Wann sie Arbeiterinteressen vertreten?

Nein!

Wann sie Aufsichtsräte werden!

Wer ist im Aufsichtsrat der „Eigentlichen Junker“?

Hören wir:

Obst. Regierungsrat Prof. Dr. Otto Sommer.

Ministerialrat Giesecke, R. G. M.

Dr. E. W. Weg, Dr. H. E. Gluck, Oberst Albrecht, Preller.

Landtagspräsident v. Helmreich, Berlin.

Oberverwaltungsrat v. Hildebrandt, Berlin.

Oberverwaltungsrat v. Hildebrandt, Berlin.

Oberpräsident der Provinz Niederschlesien Zimmer.

Oberpräsident der Provinz Niederschlesien Zimmer.

Es sind Sozialdemokraten und Bürgerliche Hand in Hand als Aufsichtsräte und Aufsichtsräte durch den Reichstag.

Arbeiter geht ihnen eine Schippe am 7. September!

Ist das Zentrum eine Arbeiterpartei?

Das Zentrum — auch darin eine typische Partei der Bourgeoisie — hat zwei Arme, mit denen es nach Gefallen wechselnd regieren kann, einen rechten und einen linken. Es hat seinen Marx und seinen Wirth, seinen Hermes und seinen Erzberger, seinen Stegerwald und seinen Imbusch.

Das Zentrum kann durch Wirth hinausposaunen: der Feind steht rechts, und es kann durch Marx verkünden lassen: die Regierung muß nach rechts erweitert werden. Es kann durch seine Hirtfelder und Am Jahnhoff in Preußen mit der SPD. zusammen regieren, und es kann durch seinen Bolz in Württemberg mit den Deutschnationalen eine Koalition bilden. Das Zentrum kann „völkisch“ und antisemitisch sein wie in Ruhr-Bayern, und es kann in Reichsbanner „Nazismus“ machen zusammen mit Sozialdemokraten und jüdischen Demokraten. Das Zentrum kann „monarchistisch“ sein wie sein Ministerpräsident Heldt in München, und es kann „republikanisch“ sein, je nach Bedarf. Das Zentrum ist „demokratisch“, wenn es nützt, aber es verhängt auch den Ausnahmezustand und errichtet die Diktatur des Militärliefers, wenn es verlangt wird.

Alles, was Rummel ist, bringt das Zentrum fertig; nur eines wird es nie fertig bringen, was die Hauptsache ist: die Interessen der christlichen Arbeiter mit den Interessen der christlichen Ausbeuter unter einen Hut zu bringen. Und daran wird es zugrunde gehen!

Der christliche Arbeiter, der bei einem „Christenbruder“ Unternehmer beschäftigt ist, vielleicht gar einem solchen Großausbeuter wie Klöcker oder Thyssen, der wird innerlich dauernd hin- und hergerissen. Warum sorgt das Zentrum nicht, daß dem Arbeiter ein menschenwürdiger Lohn wird? — Warum kämpft das Zentrum nicht gegen die mörderische Schinderei? — Wie konnten ausgerechnet die Führer des Zentrums, die Marx und Brauns, den Achtstundentag beseitigen? Wie soll sich's der Prolet erklären, daß gerade der Zentrumsführer Brauns es war, der den Unternehmern die Stilllegung ihrer Betriebe so sehr erleichterte? — Warum hat das Zentrum gegen die kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, Sozialrentner, Kriegssopfer gestimmt? — Warum? — Warum?

Was verdient der Demokrat Warburg in der Woche?

2 Millionen Mark!

Was verdient der Zentrumsmann Thyssen in der Woche?

1 Million Mark!

Was verdient Du in der Woche?

12—25 Mark!

Was ist 2 Millionen und 1 Million und 12 Mark?

Das ist Schwarz-rot-gold!

Die Millionäre wählen Schwarz-rot-gold.

Die Dummköpfe wählen Schwarz-rot-gold.

Der Klassenbewusste Arbeiter wählt rot!

Die Führer des Zentrums sind darauf aus, dem christlichen Arbeiter die richtige Antwort auf diese Fragen zu verdunkeln. Sie reden ihm vieles vor von Moral und Geachtlichkeit, von den christlichen Tugenden und von den Lasten, die nun einmal jeder tragen müsse. Aber diese „Tröstungen der Seele“ versagen nicht mehr, sobald die Not der Arbeiterklasse so groß wird wie gegenwärtig. Darum reden jetzt die christlichen Gewerkschaftsführer recht „radikale“ Töne. Sie betreiben dieselbe Politik der Doppelzüngigkeit, mit der die reformistischen Bonzen das Vertrauen aller Klassenbewussten Arbeiter längst verloren haben: „radikal“ vor den Augen der Arbeiter, Stiefelleder gegenüber den Kapitalisten!

Wenn die Zentrumsbonzen „radikal“ reden — wie auch gegenwärtig —, so ist das immer ein Zeichen, daß es in den Massen der christlichen Arbeiter gärt. So christlich der christliche Arbeiter auch sein mag, er sieht doch, daß sein Lohn absolut ungenügend ist, er spürt, daß die zehn- und zwölfstündige Schufterei den Menschen marode macht, und er verlangt, daß die Gewerkschaften etwas unternehmen, um die Lage der Arbeiter zu bessern.

Dabei zeigt sich dann: die christlichen Gewerkschaften sind abhängig vom Zentrum, dessen „linken“ Pfeiler sie bilden; und dieses Zentrum ist von den Kapitalisten beherrscht. Peter Klöcker, der schlimmste Menschenhändler, hat seinen Bruder und politischen Agenten Florian Klöcker in den Vorstand der Zentrumspartei hineingebürgert. Die Klöcker, Thyssen, Stumm und Otto Wolff sind die Großaktionäre der wichtigsten Zentrumsblätter und bestimmen dadurch die „öffentliche Meinung“ der Zentrumspresse. Um dieser Großkapitalisten willen — die übrigens in der christlichen Junkergruppe eine gute Unterstützung haben — mußten die Marx und Brauns, Hirtfelder und Am Jahnhoff ihre arbeiterfeindliche Politik treiben; diesen Zentrumskapitalisten gegenüber geben die christlichen Gewerkschaftsführer stets die Interessen ihrer Arbeiter preis.

Auf die Dauer nützen auch die schönsten Redensarten, wie „Klassenerschöpfung“, „Wirtschaftsrieder“, „Volksgemeinschaft“ nichts, wenn der christliche Arbeiter hungert, arbeitslos wird, ins Elend gerät, so stehen vor ihm von neuem die Fragen: Warum mußte das sein? Wie ist so etwas möglich?

Die Kommunisten sind die einzigen, die dem christlichen Arbeiter die richtige Antwort auf seine Fragen geben, indem sie ihm sagen: das Zentrum ist eine Kapitalistenpartei, keine Partei der Arbeiterinteressen! Willst du, daß dein Hunger aufhört, willst du dir ein menschenwürdiges Leben verschaffen, so mußt du es dir schon erkämpfen gegen deine Ausbeuter und im Bunde mit der kommunistischen Partei!

Internationales Massenmeeting.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Dezember.

Gestern Abend war ein Aufgebot von Massen zu der internationalen Kundgebung der SPD. gestimmt. Mehr als 10 000 Arbeiter waren „Am Friedrichshain“ erschienen. Im Augenblick war der Saalbau Friedrichshain überfüllt, ebenfalls zwei Parallelveranstaltungen. Die Säle wurden dann polizeilich gesperrt. Tausende mußten umkehren. Am selben Abend fanden noch 12 Versammlungen der SPD. statt.

In der dreifachen internationalen Kundgebung sprachen ein estnischer Genosse, von den Arbeitern stürmisch begrüßt, der ungarische Genosse: Kiez, der schwedische Genosse: Kiezon, ein polnischer Kommunist, und der englische Genosse Williams. Alle drei Kundgebungen nahmen Resolutionen gegen den weißen Terror an.

Verhaftung unseres französischen Genossen Rénon

(Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 6. Dezember.

Der französische Genosse Rénon, der in der internationalen Kundgebung in Heilbronn sprechen wollte, wurde vor Beginn seiner Rede verhaftet. Diese Verhaftung löste einen ungeheuren Entzückungssturm aus. Die Württembergische Polizei teilte mit, daß das Auftreten von ausländischen kommunistischen Rednern der öffentlichen Ordnung und Sicherheit widerspreche.

Eisenbahnerabbau.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Dezember.

In der nächsten Woche finden Verhandlungen über den Abbau in den Eisenbahnerfabriken statt, bei denen der Umfang der Entlassungen beschlossen werden soll. Die Beschlüsse der einzelnen Eisenbahndirektionen sind bereits zusammengestellt. Die Gewerkschaftsvertreter sollen an den Verhandlungen teilnehmen.

Streik in den Daimlerwerken.

(Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 6. Dezember.

In den Daimlerwerken haben die Arbeiter mit sieben Achtel Mehrheit den Streik beschlossen, nachdem die Direktion die geforderte Lohnerhöhung abgelehnt hatte.

Ein Fabrikdirektor achtfacher Mordmörder.

Die gesamte bürgerliche Presse war voll von dem Massenmord und Anzündung der Wille der Familie des Fabrikdirektors Angerstein in Halger bei Siegen. Arbeitern wurden die Mord in die Schuhe geschoben. Jetzt stellt sich heraus, daß es Angerstein selbst war, der seine Frau, deren Schwester, seine Mutter, das Dienstmädchen, zwei Angestellte und zwei Arbeiter erschlug, die Wille anzündete und sich dann selbst Wunden beibrachte und schließlich aus der brennenden Wille flüchtete. Er hat die Tat begangen, um damit die von ihm begangenen Untertugungen zu verdecken.

Erwerbslosenbeiträge für Rittgutsbesitzer.

Bekanntlich hat das Arbeitsamt Berlin mehrere Millionen Mark der Arbeitslosenbeiträge an Industrielle, an die „armen“ Unternehmer zu einem niedrigen Zinsfuß ausgeben, dagegen zahlt es nach eigenen Angaben nur an ein Drittel aller Arbeitslosen die Unterstützung. Jetzt kommt auch aus Schlesien die Mitteilung, daß ein Rittmeister von Witzersheim, Majoratsherr auf Neustadt, Kreis Sondernberg in Schlesien, 6 000 Mark auf 5 Jahre zu 5 Prozent ebenfalls aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhalten hat. Dieser Vermisste hat aus Entwertungen in seinen Gütern ohnedies schon beträchtlich vergrößert.

Verchwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Karkowski.
Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

44]

Chalturn besaß keine höhere Bildung, aber seine Denkwiese war logisch und klar. Er war sich der Bedeutung des Kampfes, den wir führten, wohl bewußt und er begriff auch die Wichtigkeit der Tatsache, daß der höchste Repräsentant der ausbreitenden Macht, der Zar, von seiner Hand, von der Hand eines Arbeiters fallen sollte.

Der Aufenthalt im Palais, das ewige Verschwärzen und die giftige Wirkung der Gase zerrüteten ihn immer mehr. Unterdessen machte in der Stadt die Polizei weiter Jagd. Man hat: Klettschnitloff verhaftet. Dadurch waren wir nicht mehr imstande den Bewegungen der Polizei vorzubeugen. Mit Säreden dachten wir an seine Lage. Klettschnitloff war ein feiner Beamter der dritten Abteilung gewesen. Einige Jahre hindurch hatte er so in der Höhle des Pandurums gelebt, und nach Möglichkeit den Giftschlangen die Zähne ausgerissen. Wie mußten sie ihn nun hassen und quälen. Er hatte im Voraus gewußt, was ihn erwartete, daß die Hande hier läßt und überlegt werden würde. Er wußte auch, daß er für das Volk unbekannt und namenlos umkommen würde: ein Geheimagent, der irgendwie Unregelmäßigkeiten im Dienst begangen hat. Wenige werden den ganzen Geheimnis und Verzicht dieses Menschen zu würdigen wissen. Ich kannte ihn, er war ein Mensch aus der Welt Dostojewskis, der sein eigenes Leben für nichts achtete und nie ein Wort verlor über seinen erschreckenden Mut. Wir lebten im vollen Sonnenlicht des Kampfes, während er allein hinter seiner Mäse in der Welt seiner Feinde leben mußte. Jetzt war er in ihren Krallen und man kann ihn vorstellen, welcher mitleidlosen Qual jetzt wie körperlich die Tiere ihn überliefern würden. Die Freuden-tage seines Lebens waren die, an denen es ihm gelang

Eine Niederlage Paul Löbes.

Herr Löbe geht in den Versammlungen mit einem Vile von Max Hitz hauseren, in dem ihm der Dank für eine Intervention ausgesprochen wird. Herr Löbe hat vor mehr als einer Woche von Max Hitz einen Brief bekommen, der diesen gemeinen Mißbrauch gebührend brandmarkt. Warum unterschlägt Paul Löbe diesen Brief? Ist er so um sein Mandat besorgt, daß er zu solchen Dummensmethoden greifen muß?

Genosse Frik Hedert

sendet aus dem Gefängnis dem schlesischen Proletariat seinen redevollständigen Gruß.

Untersuchungsgefängnis Moabit, 2. 12. 24.

Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Breslau.

Teure Genossen!

Herzlichen Dank für die freundliche Zustellung Eurer Zeitung. Ich habe gelesen, daß Ihr im Herz der schlesischen Textilindustrie, Langenbielau, gute Versammlungserfolge gehabt habt. Mir ist auch bekannt, unter wie schweren Verhältnissen gerade in Schlesien gearbeitet werden muß. In diesem Lande hat die Reaktion immer am meisten gewütet. Die arme Bevölkerung Schlesiens ist aufopferungsvoll. Die schlesischen Soldaten haben 1813 die härtesten Opfer im deutschen Freiheitskriege gebracht. Dafür sind sie auch am meisten nach ihrem Sieg betrogen worden. Die Bauern brachte man an den Bettelstab. Die Weber wurden von den Kapitalisten bis aufs Blut gepöbeln, und als sie sich erhoben im Jahre 1844, bekamen sie blaue Bohnen von dem König, dem sie 1813 den Thron wiedererobert hatten. Die Bergarbeiter im Waldenburger Gebiet leben in solchen erbärmlichen Zuständen, wie nirgends Arbeiter leben. In Oberschlesien hat man den Arbeitern eine Hölle auf Erden geschaffen. Rebelliert der Schlesier, dann belohnt er auch heute noch nur Schläge. Die Sozialdemokraten haben an der Niedergerücktheit der schlesischen Arbeiter und auch der kleinen Bauern ihr reichlich Teil schuld. Obwohl viele unserer Freunde in Schlesien im Kerker schmachten, müht trotzdem Ihr Uebriggebliebenen nicht mit der Arbeit erlahmen. Seid mutig und fleißig! Erhebt überall unsere rote Fahne! Sie wird siegen trotz alledem. Tut Euer möglichstes am 7. Dezember!

Mit kommunistischem Gruß

Euer

Frik Hedert.

Bille der beliebteste Mann des Volkes.

der beliebteste und beste Arbeiterzechner, der erprobte, jahrzehntelange Veteran der SPD.

Schreibt anlässlich der Wahlen:

Lieben Leute!

Auf Ihre Rundfrage kann ich nicht anders antworten: Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr (1872) Sozialist. Seit 1914 nicht mehr. Seitdem die Kommunisten das sagen und verfolgen, was früher die Sozialisten tun wollten, aber nicht getan, bin ich Kommunist!

Ihr ergebener

S. Bille

(Professor an der Akademie der bildenden Künste).

Heute Abend alles in den Schießwerder — S 218

irgendeinen von uns rechtzeitig zu warnen oder zu retten. Sein Gesicht leuchtete dann auf und, wenn er die Wille prüfte, sah man Freude in seinen matten, dunklen Augen. Chalturn war schon im Fieber, er zählte die Stunden und Minuten. Er sprach nur von dem Augenbild der Tat. Dynamit hatte er jetzt genug gesammelt, nun galt es den günstigen Augenblick abzuwarten, um die Mine springen zu lassen.

Zelaboff und ich, wir warteten in der Nähe des Palastes auf ihn. Er kam geknickt zu uns und flüsterte: Heute geht's noch nicht. Und wieder vergingen zwei lange Tage. Zwei Tage hatten wir vergeblich auf ihn gewartet und fürchteten schon, man hätte ihn ergriffen. Zelaboff zog die Augenbrauen hoch; dann mußte man eben eine neue Mine legen. Das war Zelaboffs Hauptstärke. Er nahm jede Lage als gegeben hin und nach jeder Schlappe begann sein Wille sofort in derselben Richtung neu zu arbeiten. Wie wollten gerade umkehren, als Chalturn uns streifte: schon. Er wollte in sein neues Versteck, das war ihm bereit hielten. Er konnte sich kaum auf den Beinen halten, hatte einen heißen Kopf, konnte sich kaum auf den Beinen halten. Wir brachten ihn hin und kehrten sofort zurück. Plötzlich erdrückte ein wahnsinniger Donner. Die Dächer erloschen im Winterpalais. Der Nachthimmel erstrahlte rotrot und wurde dann von schwarzem Qualm überzogen. Es entstand eine fürchterliche Verzerrung. Die einen flohen kopflos davon, Neugierige drängten heran. Der Platz vor dem Palais war schon durch Militär abgesperrt. Die Feuerwehre rasopierte heran, denn Abteilungen Kavallerie, Klopfenden Herzens standen wir da und horchten auf die Stimmen.

Ran sprach schon davon, daß der Zar mit keiner ganzen Familie umgekommen wäre, als plötzlich vom Palais ein lautes Surre erkante.

„Er ist wieder davongekommen!“, sagte Zelaboff.

Er wandte sich während zum Palais, das unheimlich schwarz dastand:

„Aber nicht noch einmal!“

Chalturn weinte und tobte vor Mut, als wir ihn

Sozialdemokratischer Steuerraub am Proletariat

Abbau der Besitzern.

Die SPD. betrieb konsequent mit W. L. H. mit C. u. o. und mit Luther Steuerpolitik gegen die Werktätigen und für den Besitz. Jahrelang hatten sie jäh am Abbau der Besitzern gearbeitet. Die Sozialdemokraten stimmten mit allen anderen bürgerlichen Parteien:

für Umwandlung der Goldzwangs- in Papieranleihe, für Aufhebung der Nachkriegsgewinnsteuer (1922), für Aussetzung der Vermögenszuwachssteuer bis 1926, für Aufhebung der Nachlasssteuer (Juli 1922), für Herabsetzung der Erbschaftsteuer auf ein Nichts, für Ermäßigung der Einkommensteuer der Oberstufen, für Aufhebrücksetzung der Kapitals-Ertragssteuer (1923).

Das alles leistete die SPD. für den Abbau der Besitzern in einem einzigen Jahre vom April 1922 bis zum Juli 1923!

Dagegen kämpfte die SPD. Jahr für Jahr erbittert: gegen die Aufhebung des Lohnsteuerabzuges, gegen die Befreiung der Wohnsteuer, gegen jede Ermäßigung der Umsatzsteuer, gegen die Befreiung der Genossenschaftsteuer von der Umsatzsteuer gab sie im April 1922 sogar den Ausschlag.

Zwecks Erhöhung der Umsatzsteuer stellte die SPD. Anträge:

1919 auf 1 1/2 Prozent,
1921/22 auf 2 1/2—3 Prozent,
1923 wieder auf 2 1/2 Prozent, die sie durch Luthers Ermächtigung durchsetzte.

Die Lohnsteuer

ein Originalvorschlag der SPD., wurde von ihr so vertheidigt und befestigt, daß 1923 schon

82,6 Prozent der Gesamteinkommensteuer durch Lohnabzug von den Werkstätten aufgebracht wurden.

Mit den Abzügen für die Erwerbslosenversicherung ergänzte und verschärfte sie noch die Lohnabzüge.

Für die Wohnungsbauabgabe

im Reich kämpfte die SPD. 1922/23 mit Begeisterung obwohl die ganzen Einnahmen durch Inflation zum Teufel gingen.

Für die festgesetzte Erhöhung der Hauszinssteuer hat die SPD. in Preußen, koalitionsbegeistert, stets mitgestimmt.

Für alle Verbrauchssteuern

zum Beispiel auf Salz, Zucker, Branntwein, Bier, Tabak, Fruchtzucker usw. hat die SPD. im April 1922 starke Erhöhungen durchgesetzt und Luther 1923 zur Steigerung durch Goldmarkumrechnung ermächtigt.

Die Verpfändung von jährlich 1200 Millionen Mark

Verbrauchssteuern

(Zucker, Bier, Branntwein, Tabak) und 290 Millionen Mark Verkehrssteuern für die Entente sind Kernstücke des Londoner Paktes, wofür die SPD. mit Begeisterung eintrat.

Bei jedem Versuch der Kommunisten, gegen diese unerbürdeten Steuerreize anzugreifen, stand die SPD. auf der Seite der kapitalistischen Parteien. So war und ist die SPD. schuldig, der tollsten Steuerräubereien an der arbeitenden Bevölkerung.

Wer diesem Steuerstandal Widerstand leisten will, der stimmt am 7. Dezember für die einzige Kampfpartei, der

wählt Kommunisten!

erzählten, daß der Zar mit dem Leben davongekommen, sogar unberührt geblieben wäre. Eingeschlossen in seinem Versteck war er wie ein verwundetes Tier. Jeden Augenblick erwartete er die Polizei und ließ den Revolver nicht aus der Hand, er wollte sich nicht lebend in ihre Hände geben.

„Das war das letzte Mal!“, sagte Zelaboff, „wir haben nicht wieder daneben.“

Die Zeit, die nun folgte, war erfüllt von einer kalten Trunkenheit durch den Gedanken, nicht noch einmal zu fehlen. Und der Wille von einigen dreißig Menschen hing wie ein Schwert über diesem Haupt. Es war etwas Furchtbares in diesem ununterbrochenen Schleißen und Schärfen der Wille. — Unser Leben wurde hart und kalt wie Stahl.

„Wenn sie Ohren hätten“, sagte Zelaboff, „müßten sie die Guillotine wachsen hören.“

Ein Septemberabend ist mir in der Erinnerung geblieben. Wir waren sechs oder sieben Personen beisammen in der Wohnung, welche Zelaboff und Souja Perowsta innehalten. Mit Michailoff zusammen kamen Ribaltichoff und Sablin. Später kam Wollschod nach. Vielleicht war noch jemand da. Einige Tage zuvor hatten wir Selman in die Krim abgeschickt, von wo er nicht mehr zurückkommen sollte.

Sablin war traurig. Er arbeitete genau so wie wir andern, aber die Verunsicherung des Kampfes und die kalte Grausamkeit der Vorbereitungen quälten ihn sehr. Es war tatsächlich schrecklich! Lange Monate lebten wir nur in Gedanken an den Tod eines Menschen, berechneten die Vorteile, überlegten die Mittel, damit der Feind nicht entkommen könnte. Zugleich aber leuchtete der Tod und die Verhaftungen unsere eigenen Reihen. Sie gingen von uns mit derselben Entschlossenheit, mit derselben Mut, die auch uns entflammte. Die, die jetzt verschwanden, konnten uns nicht einmal unmittelbare Abscheu hinterlassen. Unser Leben ward nämlich so streng, daß kaum ein mildes Wort auf unsere Lippen kam.

(Fortsetzung folgt.)



**2000 Arbeiter
werden bestimmt
nicht SPD
wählen!**

Generalkrieg in Lodz.

Die Gewerkschaftsführer gegen den Streik.
(Eigener Drahtbericht)

Warschau, 6. Dezember.

Die zwischen den Industriellen der Textilindustrie und den in einer Einigung. Die Gewerkschaftsleiter wirkten nun auf Gewerkschaftsvertretern stützenden Verhandlungen führten eine Verzögerung des schon beschlossenen Generalkrieges hin. Da aber die Streikleitung mit dem Verhandlungsergebnis nicht einverstanden war, brach der Generalkrieg trotzdem aus. Die Arbeiter der privaten Industrie und in den öffentlichen Anlagen, Gas, Elektrizität usw. haben geschlossen im Streik. Die Regierung plant den militärischen Streikbruch. Die reformmüden Gewerkschaftsführer sind eifrig an der Abwägung des Streiks tätig.

Gegen kommunistische Wahlpropaganda
(Eigener Drahtbericht)

Krefeld, 6. Dezember.

Die Polizei geht mit allen Mitteln gegen die kommunistische Propaganda vor. Verhaftungen wurden vorgenommen. Während die Plakate über des schwarz-rot-gelben Plakates von der Polizei gestrichelt werden, macht dieselbe Polizei gemeinschaftlich mit dem Reichsanwalt Jagd auf die kommunistischen Plakate und Plakattäfer.

Duer (Westf.) 6. Dezember.

Kommunistische Plakate werden an den Entlassenen nicht zugelassen. Unsere Plakattäger werden verfolgt.

Französische Angst vor dem Bolschewismus.

Die Revolutionskomitee unter dem Vorsitz von Henri Chéron setzte sich in einer Sitzung mit der drohenden kommunistischen Gefahr für Deutschland auseinander. Sie trafen sich über die besten Maßnahmen, um gegen die revolutionäre Offensive die republikanischen Interessen zu verteidigen. Es besteht im Falle der Gefahr die Pflicht von dem Interesse an der Republik zu handeln.

Köln wird nicht geräumt.

Herriot hatte mit dem Engländer Chamberlain eine Audienz, ein der sie sich über die Frage der Räumung Kölns unterhielten. Es ist dabei herausgekommen, daß Köln vorläufig nicht geräumt werden soll.

Das Urteil im Insurgentenprozess.

Das Reichsgericht lächelte gestern im Insurgentenprozess das Urteil. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, drei Angeklagte zu vier Monaten Festung und die übrigen Angeklagten zu 6 Monaten Festung verurteilt. Unter dem Straf Urteils mußte das Reichsgericht diese Urteile fällen.

Plumpe Fälschungen.

Die sozialdemokratische Presse druckt ein Rundschreiben der SPD vom 23. Oktober ab. Dabei leitet sie sich folgende Fälschung. Im Rundschreiben steht: „Preislos revolutionärer Plan“ (ein Fremdwort, das Erer, Fester, Leiden hat bedeutet). Die SPD macht daraus „revolutionärer Plan“. Da das zweimal geschieht, kann es sich nicht um ein Versehen, sondern nur um eine ganz gemeine und böse Fälschung handeln. Mit solchen Mitteln kämpft die SPD um den Wahlsieg! Was Recht!

Wählt Fragen an christliche Arbeiter.

1. Wie konnten die Zentrumsführer Marx und Brauns den Abstimmendtag befechtigen?
2. Wie rechtfertigt Brauns seine Schiedsprüche gegen die Arbeiterschaft?
3. Ist es christlich, den politischen Gefangenen die Begnadigung zu verweigern, nachdem die Schwerverbrecher der nationalsozialistischen Mordorganisation, der auch die Erzbergermörder angehören, mit Geldstrafen freigelassen sind?
4. Wie verhält es sich mit „Demokratie“, daß gegen die kommunistische Partei der brutalste Wahlterror verübt wird?
5. Ist es „gerecht“, daß die Regierung Marx den Jüngern 895 Millionen in den Rücken geworfen hat, während sie die kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ablehnt?
6. Ist es „christlich-sozial“, wenn die Zentrumsfraktion im Reichstag alle kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ablehnt?
7. Wißt Ihr, daß von 60 anwesenden Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums 48 für die Regierung mit den Deutschnationalen eingetreten sind?
8. Merkt Ihr nicht, daß Wirth und einige andere „linke“ Zentrumsführer nur vorgeschickt werden, um Euch über die Herrschaft der Kapitalisten im Zentrum zu täuschen?

Jungarbeiter! Jungwähler! Wählt Kommunisten!

Denn diese sind die Einzigen, die entschieden für die Sache der Arbeiterschaft einstehen, den Kampf gegen die Unternehmer und die bürgerliche Klasse führen. Denkt an die Verprechungen und Jammerreden der Sozialdemokraten! Fragt sie und Erh. was die Sozialdemokraten von ihren Verprechungen wahr gemacht und was sie für die Arbeiterschaft getan haben!

Arbeitet für die revolutionäre Sache!
Stellt Euch in den Dienst der revolutionären Aufklärungsbewegung! Sprecht überall mit den noch nicht aufgeschalteten Arbeitern!

Werdet Kommunisten!

Denn nur der rücksichtslose Kampf gegen die herrschende Klasse und ihrer Helfershelfer durch eine starke kommunistische Partei und Jugend wird die Beseitigung des unmoralischen, ungerechten kapitalistischen Gesellschaftssystems und die Herrschaft der Arbeiter bringen!

Jungarbeiter! Jugendmitglieder! Voran!
Seid die Ersten und Besten bei jeder Arbeit!
KPD. Schließen und Oberschließen.

Aufruf der kommunistischen Internationale zur Wahlhauswahl
(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 6. Dezember.

Die „rote Fahne“ veröffentlicht heute morgen einen Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern an alle Werktätigen Deutschlands, in dem gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, gegen den weißen Terror, die Wahlhauswahlen Stellung genommen wird.

Ein neuerlicher Schwindel der „Bergwacht“.

Die „Bergwacht“ sucht schon seit Wochen eine Wahlbombe gegen die SPD. Jedoch sie kann uns nichts anfluten. Darum drehtige Verleumdungen und erbärmliche Lügen. In ihrer Donnerstagsnummer bringt die „Bergwacht“ einen Artikel: „Die Stimme der Arbeiter“, in dem sie einen Brief eines kommunistischen Arbeiters, der jetzt zur SPD. gegangen ist, wiedergibt. Der Schreiber dieses Briefes soll Max Müller heißen, in Richtenberg, Lückstraße 65, wohnen.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, brachte auch diesen Brief von Max Müller. Die kommunistische Partei erkundigte sich nach Max Müller aus der Lückstraße und mußte feststellen, daß ein solcher gar nicht existiert und daß der Brief ein gemachter Wahlschwindel ist. Auf unsere wiederholten Anfragen hin mußte der „Vorwärts“ gestern folgende Berichtigung bringen:

„Wir gestehen heute ein, daß wir einer Fälschung zum Opfer gefallen sind, in der Lückstraße Nr. 65 gibt es tatsächlich keinen Arbeiter Max Müller.“

So sieht der Wahlschlupf der SPD. gegen die KPD. aus. Politisch kann man uns nichts anhängen, und so muß man Schwindelberichte und Schwindelbriefe erfinden, um die KPD. zu bekämpfen.

Die „Bergwacht“-Lieser und die sozialdemokratischen Arbeiter sollen sich ihr eigenes Urteil über ihre SPD.-Presse bilden. So wie dieser Bericht von Max Müller ein bewusster Schwindel der „Bergwacht“ ist, so auch die Berichte von den anderen verzweifelten und davongelaufenen KPD.-Anhängern.

Ein Brief aus Amerika.

Werte Redaktion,

Ich bin zwar ein parteiloser Arbeiter, ich hoffe aber, Sie werden meine Zeilen trotzdem abdrucken. Denn es wird Ihre Leser interessieren, wie der amerikanische Arbeiter lebt. Ich war jetzt zwei Jahre drüben in Amerika. Ich habe mich so durch das Leben geschlagen, machte alle möglichen Arbeiten, die letzte und meiste Zeit war ich Oberkellner. Ich verdiente 12 Dollar den Tag. Der Betrieb ist ein Sechsbetrieb, dafür kann man sich für das verdiente Geld auch etwas leisten. Für mein möbliertes Zimmer zahlte ich 4 Dollar (1 Dollar gleich 4,20 M.) den Tag. Es hatte Warmwasserheizung, Telefon und anderen Komfort, den sich hier in Deutschland kein Arbeiter kaum ein Mann aus dem Mittelstand leisten kann. Ich konnte mir alle ein bis anderthalb Wochen das Geld für einen Auszug erübrigen oder für ein Paar Schuh, drei Hemden und drei Paar Socken. Der amerikanische Arbeiter lebt besser als selbst der deutsche Arbeiter vor dem Kriege gelebt hat. Das ist aber nicht nur in meinem Beruf so. Ein Bauarbeiter verdient bei uns in Amerika 10-12 Dollar, ein Metallarbeiter 8-10 Dollar den Tag. Wenn ich Ihnen beschreiben würde, wie ein amerikanischer Arbeiter lebt, was er sich alles leistet, dann würden Sie es mir gar nicht glauben.

Es ist eine Schande, daß sich die deutschen Arbeiter mit solchen Löhnen zufrieden geben. Gewiß ist die Geschäftslage in Deutschland schlecht. Aber für solche Löhne würde der amerikanische Arbeiter nie arbeiten, wenn das Geschäft auch noch so schlecht ginge.

Ich lehre in der nächsten Zeit nach Amerika zurück. Ich wollte eigentlich von meinem ersparten Geld ein paar Monate in Deutschland leben und dann zurückfahren. Aber mir gefällt es hier gar nicht. Wenn man diese Zustände hier sieht, da verliert man die Lust, hier zu bleiben. Das ist ja heute viel schlimmer in Deutschland als es vor dem Kriege war.

Na, vielleicht kommen die deutschen Arbeiter zu Verstande, wenn es ihnen noch schlechter geht.

S. B.
Wir haben den Brief unverändert abgedruckt, erklären aber, daß die Schlussfolgerung von S. B. falsch ist. Nicht ausreisen nach Amerika, sondern im Lande bleiben und für Aenderung der Verhältnisse kämpfen! 70 Millionen Menschen können nicht aus Deutschland nach Neuort auswandern. Und können sie es, so würden sie nur helfen, die amerikanischen Löhne auf deutsches Niveau herunterzubringen.

B · R · E · S · L · A · U

Kaufers Kochi.
Breslau
Wallbergstraße 16
Telephon Ring 2166

Haus- und Küchengeräte
Eisen- und Stahlwaren

Textilhaus Liebe
Kupferstraße 15
Hosen, Kleider, Röcke, Unterröcke, Kinderkleider
Nur eigene Fabrikate

Kaufhaus am Dom

Billigste Bezugsquelle
für
Weihnachtsgeschenke
Wirtschaftsartikel, Luxuswaren, Lederwaren

Grosse Spielwaren-Ausstellung

Hornbachs Markt.

Enorm billig
kauft man in der
Stuhl-Diele
Dritte Straße 3
Gute Weiße Öhle

Reserviert.

Reserviert.

Schuhhaus Ohr
BRESLAU II
Herdainstraße 25
Telefon: Oble Nr. 623

Spezialhaus für feines, gediegenes

Schuhwerk Sportschuhe

in hervorragender Ausführung

Aufmerksamste Bedienung! Größte Auswahl!

Von Stufe zu Stufe

1918

1918

Vor dem 9. November:
„Ich habe Prinz Max von Baden gegenüber erklärt: Wenn Sie, der Sie auf dem Boden der Monarchie stehen, die Monarchie halten wollen, dann müssen Sie jetzt den Kaiser zum Rücktritt bewegen. Denn kommt es erst zum Aufbruch, dann wird das aufgeregte Volk nicht mit der Rücktrittsforderung begnügen, sondern es wird die Abschaffung der Monarchie verlangen.“

1919

1919

Im Januar:
Hundert Tote in einer Reichs-Proletarier!
Karl, Rosa, Kugel und Kumpane, Gift ferner dabeil!
Proletarier!
Zidler, „Vorwärts“, vom 13. Januar 1919.

1920

Nach dem März-Aufstand:
Moske hat die blutige Unterdrückung in Berlin geleitet und Reinhardt hat sie ausgeführt; Thiers und Gallfied oder besser noch: zwei Gallfieds.
Moske bleibt bis jetzt Mitglied der 2. Internationale. Doch um die Einheit der großen Arbeiterfamilie in der Welt wieder herzustellen muß man zuerst die Schänder ihres Namens ausstoßen.
„Populair“, (Zentralorgan der französischen (soz. Partei), 25. September 1919.

1921

1920
Ehne für den Kapp-Putsch:
Arbeitermorde, Zuchthaus gegen Arbeiter, Todesurteile gegen Arbeiter.
Justizmorde gegen Jagow; Festungshaft.
Blutweis, Bahl, Bauer, Lubendorff, Ehrhardt, Winnig sind frei.
Die Marburger Studenten, Mörder von 14 Arbeitern in Thal, sind freigesprochen. Konrad Hänsch entschuldigt sich bei den Mördern.

1922

1921
Höring's Lösung im mitteldeutschen Aufstand:
Höring: „Der erste Tag muß blutig sein!“ (Anweisung an Schubo.)
„Ich soll die Parole haben, der Feind steht rechts. Dabei habe ich 1920 und 1921 mit gleicher Energie den Kampf nach links geführt!“
Severing im preußischen Landtag.

1923

1922
Rathenau-Mord:
Sozialdemokratie und Gewerkschaften fordern Verbot monarchistischer und antirepublikanischer Propaganda, Säuberung der Justiz und Erlass einer Amnestie.
Es kam das Gesetz zum Schutze der Republik — gegen links. Der Staatsgerichtshof — gegen links.

1924

1923
Ruhrkrieg:
Am 14. Januar 1923 hielt der Reichstag aus Anlaß der Ruhrbesetzung eine Trauerfeier ab. Die SPD. macht einen neuen 4. August. Sie stimmte gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien einem Beschluß zu, der der Cuno-Regierung alle Vollmachten für ihre Maßnahmen im Ruhrkrieg gab und zugleich ein Vertrauensvotum für Cuno darstellte.
Ermächtigungsgesetze:
Am 13. Oktober stimmten 192 Sozialdemokraten für das erste Ermächtigungsgesetz und beseitigen damit mit einem Schlag die Sozialgesetzgebung. Die Ermächtigungsgesetze bringen den Beamtenabbau, Beseitigung des Achtstundentages, Vollmachten für die Sedt-Diktatur.
Reichswehrrezeption gegen Sachsen:
Sollmann stimmt im Reichskabinett der Reichswehrrezeption gegen Sachsen zu. Am 29. Oktober läßt Ebert zusammen mit Sollmann, die sächsische Regierung auseinanderreiben.

1924

Die SPD. proklamiert die Unterwerfung unter das amerikanische Kapital.
Annahme des Sachverständigengutachtens.
Der Dawes-Reichstag nimmt die Dawes-Gesetze an.
Deutschland ist eine Industrie-Kolonie der Entente!

Bildmuna von Fritz Gampel. |

Arbeiter! Wollt ihr, daß es noch weiter so abwärts geht? Dann wählt SPD.

Wenn nicht: Wählt Liste 4!

Die Kolonisierung Aegyptens mit Dawesmethoden.

Von Rosa Luxemburg.*)

Vorbemerkung. Die klassische Schilderung Rosa Luxemburgs der Kolonisierung Aegyptens durch England, von der wir im Folgenden einige Auszüge bringen, ist aus zwei Gründen aktuell: Zunächst weil England jetzt daran geht, die Früchte seines jahrzehntelangen „Aufbaus“ Aegyptens durch die brutalsten Unterdrückungsmethoden einzuziehen; zum andern, weil die Finanztransaktionen Englands in Aegypten ein Musterbeispiel für die Wirkung des Dawes-Paktes sind. Anleihen und Finanzkontrolle: die gleichen Methoden haben das ägyptische Volk unter die Knute des englischen Imperialismus gebracht und sollen das deutsche Volk unter die Knute des internationalen Großkapitals bringen.

Drei Reihen von Tatsachen, die sich ineinander verschlingen, charakterisieren die innere Geschichte Aegyptens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: moderne Kapitalunternehmungen größten Stils, ein lawinenartiges Anwachsen der Staatsschuld und der Zusammenbruch der Bauernwirtschaft. Mit dem Bau des Suezkanals hatte Aegypten bereits den Kopf in die Schlinge des europäischen Kapitals geeckt, aus der es ihn nicht mehr herausziehen sollte.

Die größte Umwälzung in den Wirtschaftsverhältnissen Aegyptens brachte

der Baumwollbau

mit sich. Als Folge des amerikanischen Sezessionskrieges und des englischen Baumwollhungers, der den Preis der Baumwolle von 60 bis 80 Pfennig pro Kilo auf 4 bis 5 Mark hinaufgetrieben hatte, wurde auch Aegypten von einem Fieber des Baumwollbaus ergriffen. Alles baute Baumwolle, vor allem aber die vizekönigliche Familie. Landraub in größtem Maßstab, Konfiskation, erzwungener „Kauf“ oder einfacher Diebstahl vergrößerten rasch die vizeköniglichen Ländereien ungeheuer. Zahllose Dörfer wandelten sich plötzlich in königliches Privateigentum, ohne daß jemand den rechtlichen Grund hierfür zu erklären wußte. Die Fellachs waren schon zu Tausenden auf die Fron bei dem Stauwerk von Kalub getrieben, bei dem Suezkanal, jetzt wurden sie beansprucht für Dammbauten, Kanalarbeiten und Planlagen auf den vizeköniglichen Gütern.

Der Zusammenbruch der Baumwollspekulation kam schon im nächsten Jahr. Im nächsten Jahre warf sich Ismael Pascha auf eine neue Spekulation:

die Rohzuckerproduktion.

Es galt jetzt den Südstaaten der Union, die ihre Sklaven verloren hatten, mit der Fronarbeit des ägyptischen Fellachs Konkurrenz zu machen. Französische und englische Kapitalisten fanden ein neues Feld der raschesten Akkumulation, 1868 und 1869 wurden 18 riesige Zuckerfabriken bestellt. Fellachs wurden zu Tausenden auf die Plantagen getrieben, während andere Tausende an dem Bau des Ibrahimiyakanals fronten. Stock und Nilpferdpeitsche sausten in voller Tätigkeit. Bald entstand die Transportfrage: um die Rohmassen nach den Fabriken zu schaffen, mußten schleunigst ein Netz von Eisenbahnen, um jede Fabrik transportable Feldbahnen, fliegende Drahtseile, Straßenlokomotiven herbeigeschafft werden. Auch diese enormen Bestellungen fielen dem englischen Kapital zu. Das Arbeitspersonal war völlig ungeeignet, der Frontfellach konnte mit der Karatsche nicht plötzlich in einen modernen Industriearbeiter verwandelt werden. Das Unternehmen brach zusammen.

Wer lieferte das Kapital zu diesen Unternehmungen?

Die internationalen Anleihen. Auf den ersten Blick stellen diese Kapitaloperationen den Gipfel des Wahnwitzes dar. Eine Anleihe jagte die andere, die Zinsen alter Anleihen wurden mit neuen Anleihen gedeckt, und riesige Industriebestellungen bei dem englischen und französischen Industriekapital wurden mit ägyptischem und französischem geborgenen Kapital bezahlt. In Wirklichkeit machte das europäische Kapital beispiellose, märchenhafte Geschäfte, die dem Kapital in seiner weltgeschichtlichen Laufbahn nur einmal als eine phantastische modernisierte Auflage der biblischen fetten ägyptischen Kühle gelingen sollten.

Vor allem bediente jede Anleihe eine wucherische Operation, bei der ein Fünftel bis ein Drittel und darüber hinaus der angeblich reichlichen Summen an den Fingern der europäischen Bankiers kleben blieb. Die wucherischen Zinsen mußten aber so oder anders schließlich bezahlt werden. Wo flossen die Mittel dazu her? Sie mußten in Aegypten selbst ihre Quelle haben und diese Quelle war der ägyptische Fellach, die Bauernwirtschaft. Die Bauernwirtschaft lieferte auch die Arbeitskraft, und zwar unsofort, wobei die Erhaltung dieser Arbeitskraft während ihrer Ausbeutung ihre eigene Sorge war. Die Fronarbeit der Fellachs war die Grundlage der technischen Wunder, die europäischen Ingenieure und europäische Maschinen in Bewässerungsanlagen, Verkehrsmitteln, in Landbau und Industrie Aegyptens schufen.

Die Bauernwirtschaft lieferte auch Geld. Dazu diente das Steuersystem.

Das unter der Einwirkung der Kapitalwirtschaft dem Fellach Dammeschanzen anlegte. Die Grundsteuer auf bäuerliche Ländereien, die immer wieder erhöht wurde, betrug Ende der 60er Jahre 55 Mark pro Hektar, während der Großgrundbesitz 18 Mark pro Hektar, die königliche Familie aber von ihren enormen Privatbesitzungen gar nichts zahlte. Dazu kamen immer neue soziale Abgaben, so zur Erhaltung der Bewässerungsanlagen. Sie fast ausschließlich den vizeköniglichen Besitzungen zugelegt kamen 250 Mark pro Hektar. Für jeden Dattelbaum zahlte der Fellach 1,35 Mark für jede Lehmhitze, die er bewohnte, 75 Pfennig. Ferner kamen die Kopfsteuer für jeden Mann über zehn Jahre im Betrage von 6,50 Mark hinzu.

Je mehr die Verschuldung bei dem europäischen Kapital wuchs, um so mehr mußte aus der Bauernwirtschaft herausgeschlagen werden. 1869 wurden sämtliche Steuern mit 10 Prozent erhöht und für 1870 um vierzig Prozent. 1879 wurde die Grundsteuer um 8 Mark pro Hektar erhöht. Die Dörfer in Oberägypten begannen sich zu entvölkern. Häuser wurden eingerissen, man ließ das Land unbar, um Steuern zu entgehen. 1876 wurde die Steuer auf Dammeschanzen um 50 Pfennig erhöht. Ganze Dörfer zogen aus, um ihre Dammeschanzen zu verlassen und mußten sich Gewerkschaften davon abgeben werden. 1879 sollen die Fellachs überhalb der Ebene von Hunger umgekommen sein, da sie die Steuer für die Bewässerung ihrer Felder nicht mehr erschwingen konnten und ihr Vieh geüet hatten, um der Viehsteuer zu entgehen.

Jetzt war der Fellach bis auf den letzten Pfennig erschöpft. Der ägyptische Staat hatte seine Funktionen als Staat verloren, in den Händen des europäischen Kapitals übergeben und war überflüssig. Der ägyptische Staat wurde verstaatlicht, der

Kommissionen zur „Ordnung“ der Finanzen

Aegyptens traten in Aktion. Merkwürdigerweise erbot sich das europäische Kapital, durch den verzweifelten Zustand des bankrotten Landes gar nicht abgeschreckt, zu seiner „Rettung“ immer neue Riesenanleihen zu gewähren. Aber je verzweifelter und unrettbarer die Finanzlage war, um so näher und unentzerrbarer der Augenblick, wo das ganze Land mit all seinen Produktivkräften dem europäischen Kapital in die Krallen fallen mußte. Im Oktober 1878 landeten die Vertreter der europäischen Gläubiger in Alexandria. Eine Doppelkontrolle der Finanzen durch das englische und französische Kapital wurde eingesetzt. Jetzt wurden im Namen der Doppelkontrolle neue Steuern erfunden, die Bauern geprügelt und gepreßt, so daß die 1876 zeitweilig eingestellten Zinsenzahlungen 1877 wieder aufgenommen werden konnten. Nun wurden die Forderungsrechte des europäischen Kapitals zum Mittelpunkt des Wirtschaftslebens und zum einzigen Gesichtspunkt des Finanzsystems. 1878 kam eine neue Kommission und ein halbeuropäisches Ministerium zustande. 1879 kamen die ägyptischen Finanzen unter dauernde Kontrolle des europäischen Kapitals in der „Commission de la Dette Publique Egyptienne“ in Kairo. Eine Militärrévolution der ägyptischen Armee, die von der europäischen Finanzkontrolle ausgehungert wurde, während die europäischen

Beamten glänzende Gehälter bezogen, und ein Aufstand der weißgebluteten Massen in Alexandria gab den erwünschten Vorwand zum entscheidenden Schlag. 1882 rückte englisches Militär in Aegypten ein.

Es ist klar, daß diese Transaktion, die den normalen Verlauf einer Jahrhunderte langen geschichtlichen Entwicklung auf zwei bis drei Jahrzehnte zusammenpreßte, nur durch

die Nilpferdpeitsche

ermöglicht worden war, und daß gerade die Primitivität der sozialen Verhältnisse Aegyptens die unvergleichliche Operationsbasis für die Kapitalakkumulation geschaffen hatte. Gegenüber dem märchenhaften Anschwellen des Kapitals auf der einen Seite erscheint hier als ökonomisches Resultat auf der andern neben dem Ruin der Bauernwirtschaft, das Aufkommen des Warenverkehrs und die Herstellung seiner Bedingungen in der Anpassung der Produktivkräfte des Landes. ... Wie in China, wie jüngst wieder in Marokko, hatte es sich in Aegypten gezeigt, daß hinter internationaler Anleihe, Eisenbahnbau, Wasseranlagen und dergl. Kulturwerken der Militarismus als Vollstrecker der Kapitalakkumulation lauert. Während die orientalischen Staaten mit tieferhaltener Hast ihre Entwicklung von der Naturalwirtschaft zur Warenwirtschaft und von dieser zur kapitalistischen durchmachen, werden sie vom internationalen Kapital versperrt.

„Kultursorgen“ der Industrie.

Ein Beitrag zur Verwaltung der Arbeitskraft durch den Kapitalismus.

M. S. Als die deutsche Industrie jung, pausbäckig, kraftstrotzend ihren Eroberungszug auf dem Weltmarkt antrat, hatte sie wenig Kultursorgen.

Sie entfaltete sich in einem Staatswesen, das noch reichlich belastet war mit feudalen Rechts- und Verfassungsformen. Sie fand eine autonome Staatsbürokratie vor. Und im „Volk“ einen frommen Glauben an Gott, König und Vaterland.

Während die Industrie ihre Betriebe, dann die Kartelle, schließlich die Trusts und Konzerne organisierte, beherrschte sie den Staat. Je nach Bedarf kaufte sie die Parteien oder die Presse, brachte selbst Kanzler zu Fall, wenn er sich ihren Weiterberungsplänen widersetzte.

Sie beherrschte den Staat, aber sie organisierte ihn nicht.

Erst seit 1920 findet sich eine ansehnliche Zahl von „Wirtschaftsführern“ im Reichstag. Erst seit dieser Zeit beginnen sie in der Öffentlichkeit etwas wie ein politisches Programm zu entwickeln. Erst seit einigen Jahren beteiligen sich die Industriellen daran, persönlich in der Presse, in öffentlichen Vorträgen, durch systematische Beeinflussung ihrer Belegschaften an die Stelle der verbrauchten Ideologie von Gott, König und Vaterland die neue der „schaffenden Volksgemeinschaft“ zu setzen.

Dahin gehört auch das plötzlich erwachte Interesse der Industrie für

Die Schule.

„Unbestritten war der gesamte Unterricht in Preußen-Deutschland getragen und durchsetzt von dem starken Bekenntnis zur Monarchie. Dennoch hat die Revolution nicht nur den deutschen Kaiser, sondern zu gleicher Zeit auch sämtliche deutsche Fürsten vom Throne gestürzt. — Die Schule ist also letzten Endes das Instrument — nicht zur Erhaltung des Staates — sondern zur Erhaltung der Volksgemeinschaft.“ (D. A. Z. 19. XI. 24.)

Und nicht nur die Stinnes-„D. A. Z.“ die ihren „kulturellen“ Teil immer mit besonderer Liebe pflegte, sondern auch andere schwerindustrielle Blätter wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ diskutieren in langen Leitartikeln die Schulfrage.

Die Industrie gibt den Schulen ihr Programm.

„Es ist eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Wirtschaft, darauf zu dringen, daß unser Unterrichtswesen den Anforderungen des praktischen Lebens angepaßt wird und daß vor allem die Wirtschaftskunde so gepflegt wird, daß die Schüler beim Verlassen der Schule im großen ein Bild von dem ganzen Wirtschaftsgetriebe haben und sich darin zurechtfinden können. Nicht auf Gelehrsamkeit käme es dabei an, sondern auf praktische und anschauliche Unterweisung.“ (Deutsche Bergw.-Zeitung, 5. XI. 24.)

Ein Bild also, das als „natürliche“ und darum ewige Ordnung der Dinge feststellt: Löhnerbeit und Kapital, Profitwirtschaft und Ausbeutung, Privateigentum an den Produktionsmitteln. Aber Programme sind Papier. Das weiß niemand besser als die Industrie. Sie macht darum gleich praktische Vorschläge.

Lehrerausbildung

bemerkt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“:

„Im allgemeinen ist der Lebenslauf eines Lehrers der, daß er bis zum 19. Jahre auf der Schule sitzt, von 19 bis 23 Jahren etwa auf der Universität studiert und unmittelbar danach kehrt er wieder auf die Schule zurück. Auf diesem Wege lernt er natürlich nicht die praktische Seite des Lebens kennen, und daher die Klagen über die Weltfremdheit der Schule. ... Die Industrie würde heute zusammen mit den anderen Zweigen des Wirtschaftslebens zweifellos die Möglichkeit haben, junge Lehrer in ihrem Streben zu unterstützen, in die Welt hinauszukommen. ... Denn der Überzeugung bin ich, daß es sich in dieser Hinsicht mit um die eigensten Angelegenheiten der Wirtschaft handelt.“ (Bergw.-Ztg., 15. XI. 24.)

An der Hand der Industrie lernen also die Lehrer zunächst einmal die praktische Seite des Lebens kennen. An der Hand der Industrie dürfen sie Reisen antreten und ihre Kenntnisse vervollständigen. Sie werden bei ihren Schülern gute Propagandisten sein für die Industrie.

Die Volksschule

soll sogar noch verschlechtert, soll auf eine Schülerzahl von 60 Kindern gebracht, ihre Lehrer sollen entzogen werden, wenigstens 50 Stunden die Woche zu geben. (DAZ., 10. XI. 24.)

Denn die Industrie braucht zwar ein Heer von Technikern, Ingenieuren, Verwaltungsbeamten (aus der höheren Schule), aber noch ein viel größeres Heer von fleißigen und nicht zu aufgeweckten Arbeitern (aus den Volksschulen), die zu lesen, zu schreiben und — zu grinsen verstehen.

Das proletarische Existenzminimum

2. Woche vom 23. bis 29. November

62,14 Mark

Um aber — neben der „religiös-sittlichen Willensbildung“ die auch die „Bergwerks-Zeitung“ nicht verläßt — lesen und schreiben zu lernen und den Glauben an die Heiligkeit des Privateigentums und die Ewigkeit der Konzerne — dazu genügen Klassen mit 60 Kindern und Lehrer mit 30 Schulstunden.

Das Lehrlingswesen

ist — als ein Teil der Instandhaltung und Verbesserung des Produktionsapparates — für die Industrie eine besonders wichtige „Kultursorge“.

Je nach den Bedürfnissen ihrer Werke haben die Großbetriebe ihr eigenes Lehrlingswesen organisiert. So Krupp, so Stinnes, so Borsig, so Ford.

Bei allen Unterschieden ist eine Tendenz unverkennbar — Ford spricht sie offen aus: Auslese nur einiger weniger „Befähigter“ — im allgemeinen wenig Lehrlinge, wenig Gelehrte, dafür ein Riesenheer von ungelerten und angeleiteten Arbeitern.

Die letzte Statistik des „Reichsarbeitsblattes“ (Nr. 25) über das Lehrlingswesen bestätigte diese Tendenz.

Lehrlingsausbildung 1922 bei 982 Firmen des V. D. M. A. 12)

Betriebsgrößenklasse	Zahl der Lehrlinge	Auf 100 Arbeitenden entfallende Lehrlinge	Von 100 Lehrlingen entfallend auf die Betriebsgrößenklasse d. Spalte 1
1	2	3	4
weniger als 50 Arbeiter	830	27,4	1,78
50—100	2321	21,8	4,97
100—1000	13306	15,3	50,03
1000—5000	23361	9,0	28,50
über 5000	6873	6,2	14,72
	46691	—	100,—

Je größer ein Betrieb, um so geringer der Prozentsatz der Lehrlinge!

Es ist das nur ein Ausdruck für den fortschreitenden Industrialisierungsprozeß, der die Arbeit immer mehr vereinfacht, immer mehr mechanisiert — bis die übergroße Mehrheit der Arbeiter als ungelernete nur noch den einen Handgriff macht, den die Maschine ihnen vorschreibt.

Aber Ford beruhigt den Proleten:

„Der Durchschnittsarbeiter wünscht sich eine Arbeit, bei der er sich weder körperlich noch vor allem geistig anzustrengen braucht. Man spendet daher meist ganz unnötigerweise ein Mitgefühl den Arbeitern, die tagaus tagein fast die gleiche Verrichtung tun.“

Die Statistik des Reichsarbeitsblattes bringt freilich andere Zahlen.

„Ostern 1921 wollten in Berlin nur 4,6 v. H. der von der Schule abgehenden Knaben, 0,8 v. H. der Mädchen ungelernete Arbeit annehmen; in Breslau 2,1 v. H. der Knaben, 1 v. H. der Mädchen; in Guben 18 v. H. der Knaben. In Flensburg entschieden sich 1920 und 1921 die Konfirmanden mit wenigen Ausnahmen für gelernte Berufe. In Harburg betrug die entsprechenden Zahlen 10 v. H. der Knaben, 0,8 v. H. der Mädchen (doch waren 20,5 v. H. der Mädchen noch unentschieden, und diese folgten nach den Erfahrungen der Berufsämter zum großen Teil später in ungelernete Arbeit zu gehen).“ (R.-A.-Bl. Nr. 25, 16. XI. 24.)

Nachdem aus der Kapitalismus die Arbeiter hinabgestoßen hat in den Stumpfstein der „Ungelernten“, stellt er lächelnd fest — daß sie ja glücklich sind!

Die eben geschilderte Entwicklung des Lehrlingswesens bedeutet aber für Deutschland noch etwas anderes:

„Der Rückgang der Lehrlingszahl steht im Widerspruch zu dem Bedarf an Facharbeitern“, bemerkt das „R.-A.-Bl.“ und zitiert den Geschäftsführer des Verbandes Berliner Metallindustrieller Toussaint, der „Firmen mit 188 Mechanikern und nur 2 Lehrlingen als Schmarotzer am Industriemärchen“ bezeichnet, die sich häufig Kosten der gewissenhaften Firmen ihren Facharbeiter-Nachwuchs besorgen.

In Deutschland also geht der Rückgang der Lehrlinge nicht nur parallel mit dem Rückgang der Facharbeiter überhaupt, sondern übertrifft ihn!

Das bedeutet nichts anderes, als daß, wie der „sachliche“ Produktions-Apparat, so auch der „menschliche“ infolge des Niederganges der deutschen Wirtschaft verlottert und verkommen!

Auf der einen Seite Arbeiterfamilien, die nicht mehr instand sind, ihre Kinder in die Lehre zu schicken — auf der anderen Seite eine Industrie, die nicht mehr instande ist, sich ihren eigenen Facharbeiter-Nachwuchs zu schaffen.

Das ist das Bild des Wiederaufstiegs Deutschlands unter der Ägide des Dawes-Friedens!

Die Industrie organisiert Sie organisiert durch die Schule, durch das Lehrlingswesen den menschlichen Teil des Produktionsapparates — die Arbeitskraft.

Sie organisiert das Dabeistehen der deutschen Wirtschaft, sie organisiert die Verteilung der Arbeiterklasse. Sie organisiert ihren Profit. Sie erzeugt die Revolution.

*) Die Assimilation des Kapitals S. 345 ff.